

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzzährig . . . 192.—

Abstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einbindung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

2. Jahrgang.

Samstag, 5. August 1922.

Nr. 182.

Mehr Sachlichkeit!

Wir befinden uns mit der tschechischen Sozialdemokratie oft im Gegensatz in politischen und taktischen Fragen. Hat doch das tschechische Proletariat am Aufbau dieses Staates in aktiver Weise teilgenommen, während die deutschen Arbeiter von der Schaffung der Verfassung und der hauptsächlichsten Grundgesetze dieses Staates ferngehalten wurden. So ist die Einsetzung des deutschen und tschechischen Proletariats zum Staate eine ganz andere geworden, so wie die Taktik der beiden Parteien eine ganz andere ist, weil die tschechischen Sozialdemokraten an der Regierung teilnehmen, während die deutschen Sozialdemokraten in Opposition stehen. Dazu kommt noch, daß die tschechische und deutsche Sozialdemokratie zwei verschiedenen Internationalen angehören. Es ist daher kein Wunder, wenn sich zwischen den beiden Parteien in ihrer Presse oft Polemiken ergeben, welche mit einer gewissen Schärfe geführt werden. Das ist schon deswegen notwendig, um die verschiedenen Auffassungen klar herauszuarbeiten, weil man nur auf diesem Wege zur richtigen Einschätzung der Entwicklung der politischen Verhältnisse in diesem Staate gelangt. So scharf indessen die Polemik auch sein mag, so sind ihr doch gewisse Grenzen gezogen, was sich aus der Tatsache ergibt, daß es sich hier um zwei proletarische Parteien handelt und die Polemiken zwischen proletarischen Parteien doch anders zu führen sind als zwischen einer Arbeiterpartei und ihren bürgerlichen Gegnern. Die Arbeiter müssen sich eben zueinander anders verhalten als zu ihren Klassegegnern.

Die Grenzen, die in der Polemik zwischen proletarischen Parteien erlaubt sind, sind nun vom Zentralorgan der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, dem „Pravo Lidu“ überschritten worden. Was sich der mit Fr. Bor. unterzeichnete Autor in einem Artikel über „die Verstaatlichung der Wälder und die deutsche Sozialdemokratie“ leistet, ist eines Sozialdemokraten, dessen Ziel trotz aller taktischen Unterschiede doch immer die Zusammenfassung der Arbeiter aller Länder und aller Nationen zu einem einheitlichen politischen Willen Grundzügen bleiben muß, einfach unwürdig. In dem genannten Artikel erhebt der Autor — und wir machen das „Pravo Lidu“, trotzdem der Artikel gezeichnet ist, dafür verantwortlich, weil dadurch, daß es den Artikel aufgenommen hat, es sich bis zu einem gewissen Grade mit seinem Inhalt identifiziert — eine Reihe von Anschuldigungen gegen die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei, welche sich auf den ersten Blick als handgreifliche, geistlose und kindische Unwahrheiten erweisen. Schon die allgemeine Einleitung, die der Autor seinem im übrigen wenig sachlichen Artikel vorausschickt, strotzt von häßlichen Bemerkungen, deren Sinn man in dem Zusammenhang gar nicht einseht. Er fängt damit an, daß die Beseitigung der Vorherrschaft der Deutschen auf dem Boden des ehemaligen Oesterreich-Ungarn nicht nur der deutschen Bourgeoisie, sondern auch der deutschen Sozialdemokratie sehr leid getan habe. Auf eine solche unsinnige Behauptung zu antworten, finden wir unter unserer Würde. Wenn die tschechischen Sozialdemokraten uns so schlecht kennen, dann ist ihnen eben nicht zu helfen. Die ganze Geschichte der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs ist ein einziger Beweis dafür, daß wir für alle Unterdrückten im alten Oesterreich eingetreten sind. Die tschechischen Sozialdemokraten mögen sich nur erinnern, wie sehr die „Arbeiterzeitung“ die Persekutionen, die an der tschechischen Nation im Kriege verübt wurden, gebrandmarkt hat! Auf der gleichen Höhe stehen zwei andere Behauptungen, die der Verfasser des Artikels vorbringt. Er behauptet, daß wir die nationale Autonomie im alten Oesterreich nur für Böhmen gefordert haben, wo die Deutschen in der Minderheit sind, während wir sie nicht verlangt haben für Steiermark und Kärnten, wo die Deutschen in der Mehrheit waren. Man sollte doch voraussetzen, daß jemand, der in das Zentralorgan der tschechischen Sozialdemokratie schreibt, zumindest das Brünner Programm kennen müßte, welches nicht nur unser Bekenntnis, sondern das seiner eigenen Partei gewesen ist und worin wir die Umwandlung Oesterreichs in einen demokratischen Nationalitätenbundesstaat verlangt haben. Gerade wir waren es, welche den Deutschbürgerlichen, deren Parole die Zweiteilung Böhmens war, die Inkonsequenz vorgeworfen haben, die darin bestand, daß sie die nationale Autonomie nur für Böhmen forderten, aber sie den Slowenen in Steiermark nicht gewähren wollten. Wenn der Artikelschreiber im „Pravo Lidu“ uns schließlich vorwirft, daß wir politisch mit den Bürgerlichen zusammenarbeiten, so müssen wir ihm und allen seinen Parteigenossen nur das eine sagen: so weit haben wir es noch nicht gebracht und werden es auch niemals so weit bringen, daß wir im Parlament mit den Bürgerlichen einen Klub gebildet haben, wie es die tschechischen Sozialdemokraten unter der glorreichen Führung Smerals ebensoviel wie Habrmans getan haben. Ein solcher Vorwurf kann nur auf denjenigen zurückfallen, der ihn erhoben hat!

Lloyd George für ein Kompromiß.

Die Rede im Unterhaus. — „Wahl zwischen Kompromiß und Bruch“. — Deutschland darf nicht zur Verzweiflung getrieben, aber auf die gerechten Forderungen darf nicht verzichtet werden. — Widerstand allem, was die Auflösung Europas vergrößern würde.

In der Debatte des englischen Unterhauses über die Reparationsfrage hielt Lloyd George am Donnerstag eine große Rede, der wir folgendes entnehmen:

Die Regierung ist in zwei Richtungen kritisiert worden: erstens wurde verlangt, daß sie sich Frankreich an die Seite stelle, und zweitens, daß sie Frankreich ermahne, nicht so hart auf Deutschland einzuwirken. Diese beiden Arten von Politik sind nicht vereinbar. Hier liegen die Schwierigkeiten in den Tatsachen. Die Lage ist so, daß es sich nicht um eine Verhandlung zwischen der britischen und der deutschen Regierung handelt, es sind Verhandlungen mit vier Alliierten. Man kann versuchen, eine Politik durchzuführen, aber es würde ein Punkt kommen, wo

nur die Wahl zwischen einem Kompromiß und einem Bruch

bleibt. Wenn die Leute, die von der Regierung eine kühne Politik verlangen, nicht den Rat geben wollen, zu brechen, dann hätten, sie auch kein Recht, zu sagen, die Regierung sei nicht kühn genug.

Das Memorandum, das ich auf der Konferenz in Versailles verteilt habe, ist von einem italienischen Staatsmann veröffentlicht worden. Ich habe für diesen Schritt keine Verantwortung, aber das Memorandum stellt meine Auffassung und die der britischen Delegation dar. Sie ist das Ergebnis sorgfältiger Erwägungen gewesen. Wir wollen nicht behaupten, daß der Versailler Vertrag dieses Memorandum buchstäblich ausgeführt habe. Aber es gibt noch andere Gesichtspunkte, nämlich die Auffassung Frankreichs, Belgiens, Italiens und der anderen Regierungen, die am Kriege beteiligt waren. Das Beste wäre, alle diese verschiedenen Auffassungen miteinander in Einklang zu bringen.

Was die Forderung Lord Cecils anlangt, daß von vornherein ein bestimmter Betrag für die Reparationszahlungen hätte festgesetzt werden sollen, so ist zu erwidern, daß es damals unmöglich gewesen ist, die angerichteten Schäden und die Zahlungsfähigkeit Deutschlands festzusetzen. Man würde den Schaden auf die Zah-

lungsfähigkeit Deutschlands hin zu hoch bewertet haben, weil damals gerade eine Panne im Gange war, von der manche glaubten, sie würde andauern. Da es also unmöglich gewesen ist, einen bestimmten Betrag festzulegen, ist eine unparteiische Kommission eingesetzt worden. Deutschland wird im großen und ganzen geben müssen, daß dieser Teil des Versailler Vertrages fair und unparteiisch von der Kommission zur Anwendung gebracht wurde. Die Kommission hatte die einlaufenden Entschädigungsansprüche geprüft und Deutschland inzwischen aufgefordert, seine Angaben zu machen. Deutschland hatte das nicht getan, auch nach Monaten nicht. Die Reparationskommission hatte darauf ihre Beschlüsse gefaßt.

Die Reparationskommission hat nach dem Versailler Vertrage das Recht, zu erklären, Deutschland solle den festgesetzten Betrag bezahlen. Wenn die Kommission ein Moratorium gewählt, oder die Jahreszahlungen herabsetzt, handelt sie vollkommen entsprechend dem Vertrage.

Das Haus wird sicherlich erlauben, daß die Regierung die Hände frei habe, um ihr Bestes zu tun, damit eine Einigung erreicht werde. (Beifall.) Es ist zuzugeden, daß ein zu harter Druck auf Deutschland nicht nur keine Reparationszahlungen einbringen werde, sondern auch die Gefahr in sich birgt, daß Deutschland zur Verzweiflung getrieben wird. Ob es dabei in die Hände der Reaktionen oder der Kommunisten fiel, bedeutet wenig, Zahlen wird es dann nicht.

Ein revolutionäres Deutschland in Mitteleuropa ist etwas ganz anderes, als ein revolutionäres Russland. Die russische Bevölkerung ist in vieler Beziehung hilflos; sie kann nicht einmal eine gute Revolution machen. Es ist ein Segen für Europa gewesen, daß der erste Ausbruch des Kommunismus in Russland erfolgte. In dieser Beziehung waren Lenin und Trozki die Retter der Gesellschaft. (Heiterkeit.) Die Revolution in einem so wohl organisierten und gebildeten Lande wie Deutschland würde eine wirkliche Gefahr für die Welt bedeuten;

für die Enteignung der Großgrundbesitzer sind, daß jeder Mensch, der seine fünf Sinne beisammen hat, es aus unserer Artikelfolge erfahren hat, wer nicht schon früher unseren Leischner Parteitagbeschlüsse gekannt hat. Wenn der Autor diese Fähigkeit nicht besitzt, wäre es müßig, ihn darüber eines besseren belehren zu wollen. Alle anderen Argumente, die der Schreiber des Artikels noch vorbringt, stehen auf gleicher Höhe und es wäre schade um die Mühe und um das Papier, sich noch weiter mit ihm darüber auseinanderzusetzen.

Wir können nicht glauben, daß das vielleicht eine neue Art der Polemik ist, die sich das „Pravo Lidu“ gegenüber der deutschen Sozialdemokratie zurechtgelegt hat. Denn wir müssen schon sagen, daß wir gegen solche Verdrehungen und grundsätzliche Unwahrheiten, wenn sie von einem tschechischen Sozialdemokraten verübt werden, nicht mehr polemisieren werden. Ein Arbeiterblatt ist leider gezwungen, fast täglich sich mit den Verdrehungen und Entstellungen zu befassen, die die bürgerliche Presse, die geschworenste Feindin der Arbeiterbewegung, zu ihrem Handwerkzeug zählt. Wenn das „Pravo Lidu“ seine Aufgabe darin erblicken sollte, das Verhältnis zwischen dem deutschen und tschechischen Proletariat gerade in dem Augenblick zu vergiften, da in der ganzen Welt eine Annäherung der sozialistischen Parteien als notwendig erachtet wird — wir werden ihm auf diesem Wege nicht folgen. Wir werden unserem Grundsatz, die Klasseninteressen des deutschen Proletariats in diesem Staate zu verteidigen und aus diesem Standpunkt heraus die Tätigkeit der tschechischen Sozialdemokratie sachlich zu kritisieren, treu bleiben.

Wir sind sozusagen eine Zusammenkunft von Gläubigern eines Konkurses, der sich nicht für Bankrott erklärt, aber sagt, daß er nicht bezahlen kann. Wir haben unsere Forderungen, Frankreich die seinen und Italien und Belgien die ihrigen, aber diese müssen gleichmäßig behandelt werden. Wenn wir den Vorschlag machen, daß für den Augenblick ein Moratorium gewährt werden soll oder daß für den Augenblick eine bestimmte Jahreszahlung festgesetzt wird, darf es nicht heißen: „Wenn ihr das tut, muß das auf eure Kosten geschehen.“ (Beifall.) Welche Milderung auch vorgenommen wird, es wird eine Milderung sein, die notwendig ist, sie wird im Interesse aller Beteiligten erfolgen. Es ist höchst schwierig, Menschen dazu zu bringen, den Tatsachen ins Gesicht zu sehen, aber ich hoffe, wir werden instande sein, zusammen zu marschieren, Frankreich Belgien und wir selbst. Wir werden jede Forderung des verwickelten Frankreich sympathisch erwägen, Großbritannien hat keinen Mangel an Sympathie für Frankreich und Belgien. Aber wir sagen, daß der englische Steuerzahler nicht für immer die Lasten tragen und daß er nicht sagen soll, jeder muß fair behandelt werden, außer uns eigenen Bürgern. Wir wollen Deutschland fair behandeln, wir wollen Frankreich Gerechtigkeit gewähren, aber Gerechtigkeit heißt auch Gerechtigkeit gegen unser eigenes Volk. (Beifall.)

deshalb würde es in dieser Beziehung verkehrt sein, Deutschland, über seine Leistungsfähigkeit hinaus zu befragen.

Andererseits darf man nicht aus Furcht vor dieser Gefahr auf eine faire und gerechte Forderung verzichten. (Beifall.)

Deutschland weiß, daß es bezahlen muß. Die Reparationszahlungen haben nichts mit Bestrafung zu tun. Deutschland gleich einem Privatmann, der eine andere Partei vor Gericht gezogen, dieses Gericht selbst ausgewählt und seinen Prozeß verloren hat. Jetzt will die gewinnende Partei ihre Ankosten wieder haben. Das hat nichts mit Rache zu tun. Es ist aber falsch, in das andere Extrem zu verfallen und Deutschlands Zahlungsfähigkeit zu unterschätzen. Deutschland leidet, wie jedes Land, unter der Tatsache, daß die Welt keinen Handel treiben kann. Da ist es nicht die rechte Zeit, seine volle Zahlungsfähigkeit abzuschätzen. Man muß an die Zukunft denken. Deutschland ist durch die Entwertung der Mark seiner inneren Schuld so gut wie entleert. In Deutschland wird also später folgende Lage sein: Es wird keine innere Schuld haben, eine äußere Schuld von einer bis 1 1/2 Milliarden, alle Fabriken intakt und neu ausgestattet, wozu die letzten drei Jahre der Inflation benutzt worden sind, wenn auch in hohem Maße auf Kosten der Arbeiter und des Mittelstandes.

Deutschland hat sechzig Millionen tüchtiger und geschulter Menschen. Die Zeit wird kommen, da die Welt sich wieder erholen wird, da die Arbeiten der Bevölkerung ihre Wunden geheilt haben. Die Verwirrung wird verschwinden und die Welt wird genießen. England muß sich davor hüten, daß es, wenn die Zeit kommt, sich einem Deutschland mit 60 Millionen Menschen ohne innere Schuld gegenüber befinde und mit einer äußeren Schuld, die in einer Zeit der Depression festgesetzt worden ist, während England mit seiner inneren Schuld von 7 Milliarden und der belasteten äußeren Schuld dasteht.

Deutschland kann nicht aus gefühlsmäßigen oder moralischen Gründen die Schuld von einer Milliarde erlassen werden, während England die Aufgabe hat, mit zwei großen Industriemächten in Konkurrenz zu treten.

Wenn Horne und ich am Montag zur Konferenz gehen, werden wir uns diese Erwägungen vor Augen halten.

Es ist alles zu verlieren, wenn man Deutschland zu weit treibt. Aber Deutschland hat andererseits seinen Prozeß verloren. Wenn wir zusammenkommen, werde ich, wie bisher, jedem Vorschlage Widerstand leisten, der die Wirkung haben wird, die Auflösung Europas zu vergrößern.

Aber ich muß betonen, ich bin dagegen, daß Großbritannien sagen soll, diese Schwierigkeit müsse auf Kosten Großbritanniens beseitigt werden. (Großer Beifall.)

Wir sind auf der Konferenz auf gleichem Fuße.

Wir sind sozusagen eine Zusammenkunft von Gläubigern eines Konkurses, der sich nicht für Bankrott erklärt, aber sagt, daß er nicht bezahlen kann. Wir haben unsere Forderungen, Frankreich die seinen und Italien und Belgien die ihrigen, aber diese müssen gleichmäßig behandelt werden. Wenn wir den Vorschlag machen, daß für den Augenblick ein Moratorium gewährt werden soll oder daß für den Augenblick eine bestimmte Jahreszahlung festgesetzt wird, darf es nicht heißen: „Wenn ihr das tut, muß das auf eure Kosten geschehen.“ (Beifall.) Welche Milderung auch vorgenommen wird, es wird eine Milderung sein, die notwendig ist, sie wird im Interesse aller Beteiligten erfolgen. Es ist höchst schwierig, Menschen dazu zu bringen, den Tatsachen ins Gesicht zu sehen, aber ich hoffe, wir werden instande sein, zusammen zu marschieren, Frankreich Belgien und wir selbst. Wir werden jede Forderung des verwickelten Frankreich sympathisch erwägen, Großbritannien hat keinen Mangel an Sympathie für Frankreich und Belgien. Aber wir sagen, daß der englische Steuerzahler nicht für immer die Lasten tragen und daß er nicht sagen soll, jeder muß fair behandelt werden, außer uns eigenen Bürgern. Wir wollen Deutschland fair behandeln, wir wollen Frankreich Gerechtigkeit gewähren, aber Gerechtigkeit heißt auch Gerechtigkeit gegen unser eigenes Volk. (Beifall.)

Kommunistischer Dokumentenschwindel.

Um das Todesurteil an den Sozialrevolutionären zu rechtfertigen.

Die ausländische Delegation der sozialrevolutionären Partei Russlands sendet uns die nachstehende Erklärung:

In dem Augenblick, da man jede Stunde das Urteilstimmende der Sozialrevolutionäre erwartet, veröffentlichen die Bolschewiki einen Auszug aus den Dokumenten des „administrativen Zentrums der parteilosen demokratischen Vereinigung“, welches in den Jahren 1920 bis 1921 im Auslande bestanden hat und erklären diese Dokumente als Dokumente des „Pariser Archivs der Sozialrevolutionäre“. Ein Teil dieser Dokumente wurde mit bedeutenden Verfälschungen in Deutschland in der „Roten Fahne“ veröffentlicht.

Da der Sinn und die Bedeutung dieses Manövers leicht verständlich sind, — es ist dies eine Spekulation auf die unzulängliche Bekanntheit des Auslandes mit den russischen Verhältnissen, die im letzten Augenblicke der Schaffung eines für die Beschuldigten ungünstigen und bereits vorbereiteten Urteils des Tribunaals rechtfertigenden Einbruchs dienen soll — sieht sich die ausländische Delegation der sozialrevolutionären Partei genötigt öffentlich zu erklären:

1. Alle zitierten Dokumente stammen aus einer nicht mehr bestehenden Organisation, die in keinerlei untergeordnetem Verhältnis zur sozialrevolutionären Partei bestanden hat und für deren Tätigkeit die sozialrevolutionäre Partei nicht verantwortlich ist.

2. Die Dokumente wurden in Paris von Monarchisten gestohlen. Die Hauptrolle bei diesem Diebstahl spielte ein Offizier der Armee Kornilow, Korotko. Wie die Dokumente in den Besitz der Sowjetregierung gelangen konnten, ist eines der Staatsgeheimnisse ihrer Diplomatie.

3. Diese Dokumente wurden beim Prozesse in Moskau verwendet, unbeschadet der energischen Proteste der Angeklagten, welche erklärten, daß alle diese Dokumente einer Periode angehören, da die Beschuldigten bereits in Sowjetgefangnissen saßen und daß diese Dokumente mit der Partei der Sozialrevolutionäre gar nichts Gemeinsames haben.

Mit Rücksicht darauf erachten wir es für notwendig, dieses Manöver zu brandmarken, welches nur bezeugt, daß die „Richter“ kein die Angeklagten belastendes Material in den Händen hatten und daß sie fähig sind, alles zu unternehmen, um ihren Rache- und Blutdurst zu rechtfertigen.

Berlin, am 3. August 1922.

Die ausländische Delegation der Partei der Sozialrevolutionäre.

Inland.

Kriegsanleihe und kein Ende. Der Ministerpräsident Dr. Benes hat sich — wie die deutschbürgerlichen Blätter melden — in Franzensbad von einer Abordnung von Kriegsanleihebestimmern über den Stand des Kriegsanleiheproblems ausfragen lassen. Dem Ganzen sieht jedes politische Kind die Rache an, man merkt, daß es bestellte Arbeit ist und wohin die Absichten des Ministerpräsidenten gehen. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß das Tschechoslowakische Presbüro behauptet, die Unterredung sei nicht richtig reproduziert. Der Ministerpräsident hat die glänzende Idee, die Kriegsanleihebestimmern und die deutschbürgerlichen Abgeordneten auseinanderzubringen, wo doch jedermann weiß, daß die deutschbürgerlichen Abgeordneten bei ihrer Stellung zur Kriegsanleihefrage von den Schutzverbänden vollständig abhängig sind. Den Herrn Ministerpräsidenten scheint nichts anderes zu plagen, als die stete Sorge, wie er sagt, „wenigstens den Kleinrentnern ihre

Spargroschen zu retten“. Nicht einmal in seinem Sommeraufenthalt läßt ihn diese Sorge ruhen. Also ließ sich Benes in dem Interviu von der Abordnung recht bemitleiden und setzte ihr auseinander, daß er nur eine Vorlage einbringen könnte, die, wenn sie auch nicht den Weifall der Tschechen hat, doch von ihnen geduldet wird“. Nun haben ja die tschechischen Parteien die Kriegsanleihevorgabe abgelehnt und der Herr Ministerpräsident hat für seine Vorlage die Mehrheit nicht gefunden. Was hat es jetzt für einen Sinn, zu den deutschen Kriegsanleihebestimmern jammern zu gehen, weil die Regierungsmehrheit in ihrem Ministerpräsidenten eine Vorlage ablehnt. Es ist also ein sehr durchsichtiges Manöver, auf das dem Herrn Ministerpräsidenten niemand hineinfallen wird, wenn er die deutschen Abgeordneten beschuldigt, daß sie an dem Scheitern der Kriegsanleihefrage schuldig sind. Es wird keinem Menschen in der gesamten politischen Welt imponieren, wenn der Ministerpräsident sich über die Oppositionsparteien beklagt, daß sie ihm seine Vorlage ablehnen, wo er nicht einmal imstande ist, die Mehrheitsparteien, die ihre Vertreter in seinem Ministerium haben und deren Exponent Herr Benes ist, zur Zustimmung zu einer von ihm über den grünen Klee gelobten Vorlage zu bringen. Das Ministerium des Herr Benes liegt in den letzten Tagen und der Herr Ministerpräsident, der doch auf seinen internationalen Ruf etwas hält, sollte bedacht sein, sich einen besseren Abgang zu schaffen.

Die Trennung der Kirche vom Staate. Das kleine Schulgesetz, welches von der Nationalversammlung in der letzten Session verabschiedet wurde, ist der erste Teil einer Reihe von Gesetzen, die die Trennung der Kirche vom Staate zum Gegenstand haben. Das Unterrichtsministerium hat soeben — wie die „Tribuna“ meldet — einen zweiten Gesetzentwurf fertiggestellt, welcher nach den bisherigen Dispositionen der Nationalversammlung bei ihrem Zusammentritt im Herbst vorgelegt werden soll. Die Vorlage enthält in der Hauptsache drei Fragen der kirchenpolitischen Gesetzgebung: die Benützung der Kirchen und Friedhöfe, die Einschränkung der Feiertage und die Rechtsstellung der Kirchenorden in der Republik. Was die Einschränkung der Feiertage betrifft, so sollen alle Marienfeiertage abgeschafft werden. Eine sehr wichtige Frage ist die Regelung des Verhältnisses der Orden, insbesondere ihre Beziehungen zu ihren Oberen, die außerhalb des Staates weilen. In der letzten Zeit soll es vorgekommen sein, daß die Vorgesetzten von Kapuzinern und Prämonstratensern die Mitglieder der ihnen unterstellten Orden an der Tschechoslowakei in Klöster im Ausland verlegten. Diese Verlegung hat gewöhnlich politische und wirtschaftliche Gründe, so daß sie die Interessen des Staates berührt. Nach dem neuen Gesetz werden die kirchlichen Funktionäre, welche im Ausland leben, nicht mehr die Möglichkeit haben, mit den Mitgliedern und dem Vermögen der in der Tschechoslowakei befindlichen Orden eigenwillig zu disponieren. Man glaubt, daß die besprochene Gesetzesvorlage nicht auf den Widerstand im Parlament (soll heißen der Merkmalen) stoßen wird. — Es erübrigt sich nun noch eine Gesetzesvorlage über das Kirchenvermögen und das Verhältnis des Staates zu den Konfessionen selbst, damit die Trennung der Kirche vom Staate durchgeführt ist.

Parteitag der Slowakisch-Merkmalen. In Sillein fand am 3. August der Parteitag der slowakischen Volkspartei in Anwesenheit fast aller Abgeordneten und Senatoren und von 400 Delegierten der Partei statt. Den Vorsitz führte Abgeordneter Hlinka, der auch über die politische Situation referierte. Ueber die Partei und Presse referierte der Generalsekretär Josef Samay. Was die Angelegenheit des oppositionellen Abgeordneten Trabcac, der an dem Parteitag nicht teilnahm, betrifft, legte der Parteisekretär dem Parteitag einen Antrag vor, wonach Abgeordneter Trabcac nicht mehr als Parteimitglied zu betrachten und zur Wiederlegung seines Abgeordnetenmandates aufzufor-

bern sei. Das gewerkschaftliche Fachblatt der Partei, dessen Leitung der genannte Abgeordnete nicht niederlegen will, wird als Eigentum der Partei erklärt. Der Parteitag stimmte diesem Antrag zu und forderte den Abgeordneten Dr. Juriga auf, auf dem Rechtswege vom Abgeordneten Trabcac die Herausgabe des Vermögens der christlichen Gewerkschaften zu verlangen. An Dr. Benes wurde ein Telegramm abgeschickt, in dem gegen die beabsichtigte Abtretung der Fabbrica Protest erhoben wird. Der Kongress, an dem auch ein Vertreter der amerikanischen Slowaken teilnahm, wählte zum Parteivorstand abermals den Abgeordneten Vater Hlinka.

Allerlei Anschuldigungen gegen slowakische Politiker. Die offizielle Führung der slowakischen Volkspartei, welche sich mit dem Abgeordneten Trabcac im Kampfe befindet, hatte diesen beschuldigt, daß er von der Regierung zwei Millionen Kronen erhalten und sich deswegen gegen die Führer der Partei gewendet habe. Daraufhin erhebt nun das Blatt der slowakischen Sozialdemokratie „Robotnicka Roboty“ gegen Hlinkas Parteifreund Juriga den Vorwurf, daß er von den Spiritusfabrikanten 50.000 Kronen erhalten habe. Das Blatt habe ihn schon sechsmal diesbezüglich gefragt, ohne bisher eine Antwort erhalten zu haben. Weiters beschuldigt das sozialdemokratische Organ die Hlinkapartei, daß diese für ihr Organ „Slovenske Ludove Roboty“ unter der magyarischen Herrschaft von der Budapest Regierung eine Subvention erhalten habe und daß der einzige slowakische Abgeordnete im ungarischen Reichstag, Juriga, dort Regierungsaktivität betriebe. Dies sei aus dem Grunde geschehen, weil Hlinka, Jeshlika, Juriga und Tomanel damals noch dachten, daß sie Bischofsitze oder andere fettere kirchliche Pfründen erhalten werden. Hlinka und Jeshlika waren dann nach dem Umsturz bei Szobor als bevollmächtigte Minister für die Slowakei ernannt und hatten von ihm verlangt, daß er sie auf Grund seiner Vollmachten zu Bischöfen ernenne und Hlinka zum Patriarchen der Slowakei mache. Szobor hätte das damals mit Rücksicht auf den ablehnenden Standpunkt Roms abgewiesen. Die slowakische Volkspartei halte sich an die Parole Jurigas: „Die größte Macht nach dem lieben Herrgott ist das Geld.“ Tatsache sei, daß als die Volkspartei ihr Hauptblatt „Slovak“ nach Preßburg verlegte und Bela Tula zu dessen Hauptredakteur bestellte, sie über ungeheure Summen Geldes verfüge. Das slowakische Blatt stellt nun an die Merkmalen die Anfrage, woher dieses Geld gekommen sei.

Abgeordneter Jaruba gestorben. In Weleslavín bei Prag starb vorgestern Abgeordneter Vater Jaruba. Er gehörte der tschechischen Merkmalen Partei an und war schon Mitglied des Wiener Parlaments. Er war schon längere Zeit krank und konnte sich an den Parlamentsitzungen schon einige Zeit nicht beteiligen.

Der Reichsverband der deutschen Bürgerschullehrerschaft schreibt uns zum Gesetze über die Dienstverhältnisse der Lehrerschaft. Trotz besserer Erkenntnis, von welcher die eingebrachten Resolutionsanträge zeugen, hat sich auch der Senat des Diktates des Abgeordnetenhauses gebeugt und dessen Beschluß betreffend die Regelung der Dienstverhältnisse der Lehrerschaft unverändert angenommen. Dieses Gesetz bringt die Rückkehrung der Bürgerschullehrerschaft aus Gruppe B der Staatsbeamtenschaft in Gruppe C und setzt also zum schweren geldlichen Verlust die ungleich schwerere moralische Schädigung des gesamten Bürgerschullehrerstandes. Am schwersten jedoch wird die Bürgerschule, die Mittelschule der breiten Volksschichten, geschädigt, weil deren Lehramt nicht wie bisher das erstrebenswertere Ziel der intelligenten Junglehrerschaft sein wird. Der Reichsverband der deutschen Bürgerschullehrerschaft hat rechtzeitig und wiederholt auf diese Gefahr für Schule und Volk aufmerksam gemacht. Fast alle deutschen Ortschulräte mit Bürgerschulen sind in Entschliessungen an die Gesetzgebungsstellen herangetreten, es möge die Gruppe B der Bürgerschullehrerschaft erhalten bleiben. Auf tschechischer Seite ist der tschechische Reichsverband der Bürgerschullehrerschaft in gleichem Sinne vorgegangen. Die deutschen Abgeordneten und insbesondere die deutschen Senatoren sowie auch die Unabhängigen der tschechischen Seite haben sich gegen diese Gewalt-

tat gestellt. — Alles vergebens! Das Unterrichtsministerium stellte sich, seine bessere Einsicht verleugnend, auf Seite der gegnerischen vereinigten Ministerien, die aus der Erhaltung des Rechtes unliebe Folgerungen für ihre neidischen Beamtegruppierungen befürchteten. Der Reichsverband der deutschen Bürgerschullehrerschaft erklärte, daß die Sicherung der Gruppe B das Mindeste ist, was die Bürgerschullehrerschaft aufgrund ihres mühsamen Privatstudiums und der unverhältnismäßig schweren Arbeit an der Bürgerschule fordern muß. In dieser Erkenntnis wird der Reichsverband der deutschen Bürgerschullehrerschaft gemeinsam mit dem Reichsverband der tschechischen Bürgerschullehrerschaft alles aufbieten, daß diese Gewalttat wieder gutgemacht werde, er ersucht alle Rechtlichdenkenden um Unterstützung, damit die künftige Bürgerschullehrerschaft von dem mühsamen und unzureichenden Weg der privaten Vorbereitung für das Bürgerschullehramt frei, in zweijährigen Kursen an den einzig hierfür in Betracht kommenden Hochschulen herangebildet werde.

Ausland.

Das Martyrium der politischen Verbannten in Sowjetrußland.

Es ist noch in aller Erinnerung, wie Ende vorigen Jahres zahlreiche politische Gefangene im Butyrgefängnis in Moskau in den Hungerstreik traten, weil ihnen die Deportation nach dem wüsten, verheerenden Turkestan drohte. Dank der energischen Einmischung der sozialistischen Presse und der Parteien des Westens gelang es den türkischen Streich der Sowjetregierung abzuwehren. Ein Teil der Butyrgefängenen, darunter führende Genossen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei wurden nach dem Auslande ausgewiesen. Andere wurden in entlegene Gegenden des europäischen Rußland verwiesen. Doch nach kurzer Zeit, als die öffentliche Erregung sich gelegt hatte, nahm die Sowjetregierung den barbarischen Blau wieder auf, ihre politischen Gegner, vor allen Dingen die sozialdemokratischen Arbeiter, die sich politisch oder gewerkschaftlich betätigten, nach den wüstesten und schlimmsten Gegenden Turkestans zu deportieren. Die Nachrichten häufen sich mit jedem Tage, daß für die angeblich kommunistischen Sowjetregierung Turkestan das selbe geworden ist, wie seiner Zeit für den Jaismus Sibirien — der Sammelpunkt aller politisch „verdächtigen“ Elemente, vor denen die wahnsinnig gewordenen Autokraten in ständiger Angst und Beforgnis leben.

Aus Anlaß der immer stärker anschwellenden Deportationen nach Turkestan hat das Zentralkomitee der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei an das Zentral Exekutivkomitee folgenden Protest gerichtet:

„Unsere Genossen werden auf administrativem Wege nach Turkestan verbannt, in ein verwüstetes Land, in dem der Typhus und andere Krankheiten herrschen, die täglich Hunderte von Opfern fordern. Der elementarsten Bedingungen des materiellen und geistigen Lebens beraubt, in die Einöden des fremdherrigen Turkestans verbannt, von den Verwandten und Freunden vom Proletariat und vom Sozialismus losgerissen und in fernen Dörfern eingeschlossen, wo weder Verdienstmöglichkeiten noch Bücher oder ärztliche Hilfe erhältlich sind, sind unsere Genossen durch die Regierung zum physischen und geistigen Tod verurteilt.“

Aber noch schlimmer wird die Frage der Verbannten nach Turkestan in dem gegenwärtigen Augenblick, wo in Turkestan sich die dem Zentral-Exekutivkomitee nicht unbekanntem Ereignis abspielen. (Gemeint ist der mohamedanische Aufstand, der bereits große Teile von Turkestan ergriffen hat. D. Red.) Die Verbannten unserer Genossen nach Turkestan in diesem Augenblick kann nur durch die reichlich überlegte, planmäßige Absicht der Regierung erklärt werden, für die Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands solche Verbanntensorte auszuwählen und sie in solche Bedingungen zu stellen, daß sie nach Möglichkeit auf schnellste und sicherste Weise vernichtet werden.“

Maus.

Meine Frau machte mir eines Tages mit bebender Stimme die Mitteilung, daß wir eine Maus in der Wohnung hätten, und sie war sehr, sehr blaß dabei. Immer bleicher werdend erzählte sie, daß sie gesehen habe, wie die Maus ungeniert, fast frech auf dem Teppich spazieren unter dem Wäschekasten hervorkam, dann ging und dann wieder verschwand, unbekannt wohin. Ueberhaupt, es sei schrecklich gewesen!

Mitten in einem brunnentiefen Saufzer brach die Frau ab, stieß einen gellenden Schrei aus, sprang mit bewunderungswürdiger Leichtfertigkeit auf den Tisch und wies mit ätzenden Zeigefingern auf ein dunkles, unbewegliches Etwas, das in unmittelbarer Nähe des Tiwans auf dem Fußboden lag.

Ich eilte in die Küche, bewaffnete mich mit einem Besen, schlich mich leise und gebückt, wie ein Indianer auf dem Kriegspfad, an das Tierchen heran und — nun, es war ein Zwirnkäusler!

Ich mußte die Schwurfinger heben, um der Frau zu beweisen, daß wir es mit einem echten Zwirnkäusler zu tun hatten, mußte eine launige Rede halten, in der ich sie überzeugte, daß Zwirnkäusler in europaerischen kein Recht hätten, sich unter die Nageltiere zu zählen — dann

erst stieg die Frau vom Tische, nicht aber auf den Fußboden, sondern auf einen Sessel, wo sie verblieb und zähneklappernd und sehr ausführlich die Behauptung aufstellte, daß das Erlebnis mit dem Zwirnkäusler nichts an der Tatsache der Anwesenheit einer Maus in der Wohnung ändern könne.

Woruf mich ein großer Grimm erfasste, den ich mit Faustschlägen auf eine Reihe von gut gebauten Möbelstücken entlud, ein Benehmen, mit dem ich den Erfolg erzielte, daß die Frau nach anderthalb Stunden, allerdings mit lauten Hinweisen darauf, daß ich dafür alle Verantwortung zu tragen hätte, sich wieder auf den Fußboden wagte.

Nun aber, sie hatte dennoch recht, es war tatsächlich eine Maus in der Wohnung.

Von einigen, durch die Angst verstärkten Bissen, die mir meine Frau erteilte, wurde ich schon in der folgenden Nacht aus dem Schlummer gerissen. Frau und Kind zeierten auf mich ein, doch wenn sie eine Weile ruhig blieben, dann hörte ich ein gartes Pfeifen und Zwitschern, das nur von einer Maus herkommen konnte. Es hörte sich ganz nett an, ein wenig monoton zwar, aber man mußte davon überzeugt werden, daß dieses Liedchen aus einer sehr zufriedenen Seele kam. Es war wohl meine Schlaftrunkenheit daran schuld, daß ich die Sachlage um ein geringes verkannte, denn ich setzte mich auf und erzählte entzückt, daß in China singende Mäuse

gebe, die man sogar in Käfigen halte. Und ich fügte hinzu, daß es mir nicht unlieb wäre, ein solches Exemplar kennen zu lernen, und daß wir wohl eben jetzt das Glück hätten, eine solche, wer weiß durch welche Schicksalsschläge nach Europa verschlagene singende Maus in unserer Wohnung zu haben. Meine Frau aber unterbrach mich mit aufgeregten Worten und schickte mich kurzzerhend mit dem Auftrage, die Maus umzubringen, in die Finsternis hinein.

Während Gattin und Kinder fortwährend bestrebt waren, mich durch Zurufe und Schreien recht mörderisch zu stimmen, suchte ich nach Jühdhölzchen.

Aber zum Teufel, wo hat es je Jühdhölzchen gegeben, die in der Nacht dort gewesen wären, wo man sie sucht!

Auch die Funken, die mir aus den Augen sprühten, als ich mir an dem Türpfosten das Haupt anschlug, erhellten die Wohnung nur ungenügend und auf ganz kurze Zeit. Ich mußte mich schließlich dazu bequemem, die Jagd nach dem Mäuschen im Finstern zu beginnen.

Ich jagte zwei Stunden lang und mit vielem, durch die Wutzunahme aufgeregten Eifer. Die Maus wanderte von Ort zu Ort, piff mir einmal von dort, einmal von da. Am meisten ärgerte sie mich, wenn sie, durch meine Tumultszenen scheu gemacht, schweig, so daß ich nicht wußte, wo ich zu pirschen hatte. Als es mir ge-

lungen war, einen Stuhl, zwei Regenschirme und einen Spazierstock zu demolieren, ersuchte der Nachbar durch die Wand um Ruhe. Ich lud ihn brüllend ein, an meiner Jagd teilzunehmen oder sich einen festen Nagel an der Wand zu suchen. Dann verteidigte ich mich in einem Teppich, hieb in der Sucht, mich zu befreien, einen Notstand entzwei, legte einige Bilder von der Wand, verlegte mir beide Schienbeine und begab mich mit der ausdrücklichen Erklärung zu Bett, daß ich nun an Mäusen, ob ein, ein oder in Scharen, pfeifend oder singend, kein Interesse mehr fände. Die Gattin reichte mir Baselin für meine Schienbeine und versicherte, daß Mäusejagden überhaupt nur im Finstern mit Erfolg geführt werden könnten, weil diese Tierchen, wenn sie Licht sehen, schweigen und fliehen. Dann nahm sie allerhand zu Wurfgeschossen brauchbare Gegenstände (Weder, Pantoffel, Bücher) zu sich und flötete mir zu, wenn sich die Maus wieder hören lassen sollte, einen neuerlichen Pirschgang zu versuchen. Dreimal noch stand ich auf. Aber wenn ich auch mit Befriedigung feststellen konnte, daß man durch fleißige Übung ganz gut dazu kommen kann, sich mit Sicherheit im Finstern zu bewegen — die Maus erwischte ich nicht.

Ach, ähnliche Nächte erlebte ich noch viele! Es ist klar, daß in unserer Wohnung natürlich auch während des Tages sehr oft gejagt wurde. Das Mäuschen aber wurde dabei immer ver-

In einem zweiten Protest wendet sich das Zentralkomitee gegen die Verbannung seines Mitgliedes J. S. J. Zederbaum (des Bruders des Genossen Martov) nach Turkestan. Dieser Protest ist umso mehr berechtigt, als die Deportation des Genossen J. S. J. Zederbaum, nachdem er vom Zentralkomitee in die Berliner Reuenerkommission delegiert worden war. Mit Recht kann das Zentralkomitee diesen Streich als das „Muster eines heuchlerischen Treubruchs“ brandmarken. Noch schärfer muß aber die ganze Verbannungspraxis der Sowjetregierung gebrandmarkt werden, die die Schändlichkeiten der früheren Zarenregierungen in den Schatten stellt. Das westeuropäische Proletariat hat alle Veranlassung, auch gegen diese Barbarei schärfsten Protest zu erheben.

Proteste gegen die Moskauer Mordjustiz.

Außer den bereits gemeldeten Protesten, die von den französischen Gewerkschaften an die Moskauer Sowjetregierung gerichtet wurden, haben noch folgende Verbände Protesttelegramme nach Moskau geschickt: Der Nationalrat des französischen Seemannsverbandes, das Sekretariat des Verbandes der Sanitären, Der Verband der staatlichen Seeschiffahrt, der Verband der Eisenbahnsyndikate der Norddepartements, Der Hauptverband der Pariser Lazarettangestellten, das Syndikat der Gaswerke in Libourne, das Syndikat der Tiefbauarbeiter in Fleury, das Syndikat der Schneider und Schneiderinnen des Seine-Departements.

Und sie bewegt sich doch!

Die nachträglich aus Moskau gemeldet wird, frag die riesige Demonstration vom 20. Juni, die von den Sowjetbehörden inszeniert wurde, um auf das Verichtstribunal einen Druck im Sinne eines Todesurteils für die Sozialrevolutionäre auszuüben, keinen einheitlichen Charakter. In dem Wald der offiziellen Fahnen, die auf Befehl der Obrigkeit die Todesstrafe forderten, tauchten plötzlich drei Fahnen auf, die die Aufschrift trugen: „Nieder mit der Todesstrafe!“ Ueberflüssig zu sagen, daß die Fahnenträger schnell festgesetzt und noch in der selben Nacht verhaftet wurden.

Die Wahlen in den polnischen Sejm werden, wie gemeldet wird, am 24. September stattfinden.

Appell der russischen Gewerkschafter an die Internationale.

Eine Anzahl russischer Genossen, die seit Jahren der russischen Arbeiterbewegung angehören und eine hervorragende Rolle in der Gewerkschaftsbewegung spielen, haben an den Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam und an das Sekretariat des Internationalen Buchdruckerverbandes ein Schreiben gerichtet, in dem sie die traurige Lage der russischen Gewerkschaftsbewegung schildern und an die öffentliche Meinung der gewerkschaftlichen Internationale appellieren. Es heißt in diesem Schreiben:

„Die Entwicklung des privaten Kapitals und der staatlichen Trusts der Sowjetregierung, die die typischen Methoden der kapitalistischen Ausbeutung anwenden, stellt die russischen Arbeiter vor die Notwendigkeit, nach Schutzmaßnahmen Ausschau zu halten, um ihre gewerkschaftlichen Interessen vor dem sich entfaltenden Kapital zu verteidigen. Indessen macht der Mangel freier unabhängiger Organisationen die wirkliche Verteidigung proletarischer Interessen vollkommen unmöglich.“

Das Bündnis der bolschewistischen Gewerkschaften mit der regierenden Partei und ihre finanzielle Abhängigkeit von dem staatlichen Apparat, führt dahin, daß die erwähnten Gewerkschaften die Grundzüge der Harmonie zwischen Arbeit und Kapital zu verwirklichen trachten. Zugleich führt das Bestreben, die Arbeiter im Sinne der Politik der herrschenden Partei zu beeinflussen, zu dem Ergebnis, daß die Gewerkschaften sich zu Vermittlern zwischen den Unternehmern und den Arbeitern degradieren. Unter diesen Umständen

traulicher, es pfliff, sang, naschte, nagte sich mit Vergnügen durch die Tage und Nächte und beging sogar die Gemeinheit, in meinen Schreibstisch einzukriechen, dort Manuskripte zu befechtigen und ein halbes Feuilleton zu verzehren. Ich wollte daraufhin einen Mausebussard anschaffen, begnügte mich aber damit, mir eine Kasse auszuwählen. Es war leider eine Kasse, die für Mäuse sehr viel Wohlwollen übrig hatte und die im Hinblick auf das Raschen mit unserem Hausmäuschen so unverschämte gemeinsame Sache machte, daß wir ihr die Tür weisen mußten. Ich studierte alle Literatur über Mäusefang, deren ich habhaft werden konnte, und handelte nach ihren Ratschlägen. Die Maus pfliff umso fröhlicher. Die Angst der Familie vor dem Anter nahm, trotzdem es sich so anhänglich erwies, nicht ab. Meine Frau hatte die Gewohnheit angenommen, sich in der Wohnung nur von einem Stuhl auf den anderen Springend fortzubewegen, für den Jagdbedarf der Kinder wurde der Haus, halt um einige Befen vermehrt, die sie tagsüber immer zur Hand hatten, mit wachsender Fertigkeit schlangen und fürsorglich ins Bett mitnahmen. Tag um Tag flatterten neue Mordpläne auf. Die Wohnung war erfüllt von Berwünschungen.

Eines Morgens aber hochte das Nagetierlein in einer der sieben Mausefallen, die sich bis dahin nur als origineller Zimmerschmuck bewährt hatten.

Ende des italienischen Generalstreiks.

Rom, 4. August. (Hs.) Da der Befehl zum Streikabbruch bis zum Nachmittag noch nicht überall hingelangen konnte, wird die Wiederaufnahme der Arbeit erst morgen vormittag vollständig sein. Der Haß zwischen den Faschisten und Sozialisten ist in den letzten Tagen bedeutend angewachsen.

Das Mailänder Rathaus von Faschisten gestürmt.

Paris, 4. August (Havas). Die Blätter melden aus Mailand: Die Faschisten bemächtigten sich des hiesigen Rathauses. Die Angestellten haben nur schwachen Widerstand geleistet.

Blutige Zusammenstöße.

Rom, 3. August. Ueber die letzten Zusammenstöße der Faschisten mit ihren Gegnern wird gemeldet: In Florenz besetzten heute früh die Faschisten das Arbeiterheim, zerstörten die Druckerei des sozialistischen Blattes „La Difesa“ und beschlagnahmten das gesamte politische Material. In Livorno stießen kommunistische Eisenbahner mit Carabinieri zusammen, wobei ein Kommunist den Tod fand. Auch in Spezia kam es zu Zusammenstößen, in deren Verlauf der Sohn eines Generals erschossen wurde. In Livorno wurden das Arbeiterheim und die sozialistische Druckerei zerstört; Truppen griffen ein, es kam zu einem einständigen Feuergefecht, in dem ein Arbeiter getötet und 18 verwundet wurden. Der Gemeinderat von Livorno

hat auch die offizielle Proklamierung einer neuen Gewerkschaftspolitik an den bestehenden Verhältnissen nichts geändert.

Nach wie vor werden jene Verbände, die der kommunistischen Obrigkeit und der Gewerkschaftsbürokratie wegen ihres unabhängigen Charakters nicht genehm sind, a u f g e l ö s t, wie das beispielsweise kürzlich in Jeterinoslaw mit dem Buchdrucker-Verband der Fall war. Funktionäre der Gewerkschaften und der politischen Parteien werden verhaftet und in fernliegenden Gouvernements verbannt. Es wütet ein politischer Terror, der von den Kommunisten bei allen Wahlen angewendet wird, die übrigens durch öffentliche Stimmabgabe vorgenommen werden müssen. In den Gewerkschaften werden die Wahlen des Vorstandes nicht von der Mitgliedermasse selbst, auf dem Wege des Referendums oder auf Generalversammlungen vorgenommen, sondern in dem engen Kreise der Vertreter der einzelnen Betriebe. Die Angelegenheiten der Gewerkschaften werden ohne Befragung der Generalversammlung geregelt. Die Institution der Betriebsbevollmächtigten ist aufgehoben. Unter diesen Umständen stehen die Massen vollkommen gleichgültig der Tätigkeit der Gewerkschaften gegenüber, was zur Folge hat, daß sich in der Arbeiterschaft eine völlig unsoziale Atmosphäre ausbreitet. In dieser Beziehung haben die russischen Arbeiter ihre Passivität ausschließlich den Kommunisten zuzuschreiben, die benutzt die organisatorischen Erfahrungen vergeuden und vernichten, die eine dünne Schicht der Arbeiter in den wenigen Organisationen der Zarenzeit erworben hat.

Doch obwohl die russischen Arbeiter ihrer Massenorganisationen beraubt sind, sind sie dennoch genötigt, einen Ausweg aus dem Elend zu suchen, indem sie sich gemeinsam mit dem russischen Volke befinden. Der russische Arbeiter, der in schlimmeren Verhältnissen und mit größerer Anspannung arbeitet, als vor dem Kriege, einen geringeren Lohn erhält und stumm seinen Verpflichtungen in der Produktion nachkommen muß, kann dennoch nicht den Fragen der Arbeitslosigkeit, der Wiederherstellung der Industrie, des Arbeiterschutzes, usw. gleichgültig gegenüberstehen.

Doch jeder selbständige Schritt der Arbeiter auf diesem Gebiete zeigt grell die tragische Einsamkeit der Arbeiter bei der Verteidigung ihrer Interessen, und wirkt gleichzeitig helle Schlaglichter auf die wirkliche Natur der russischen Gewerkschaften, die ungeachtet der schönen äußeren Fassade sich die Methoden der gelben Organisationen an-

wurde zur Demission gezwungen, ebenso der Gemeinderat von Novora. In Mailand hat ein Regierungskommissar unter Protest des sozialistischen Gemeinderates die Verwaltung übernommen, um die Wiederaufnahme der Arbeit zu sichern.

Streikentfänge.

Rom, 4. August. (Havas.) Dem Messagero wird aus Mailand gemeldet: Der gestrige Tag brachte viel Zwischenfälle; von denen der wichtigste die Besetzung des Kommunalpalastes durch Faschisten war. Diese zertrümmerten das Tq und drangen mit Lastautomobilen ein. Der Stadtrat wurde hinausgeworfen. PAnunzio, welcher seit seinem humaner Abenteuer seiner öffentlichen Rundgebungen mehr beigegeben hatte, hielt am Abend vom Balkon des Stadtpalastes aus eine Rede und erntete begeisterten Beifall. Ungefähr 50 Verwundete, darunter zehn Schwerverletzte, sind das Ergebnis des Zwischenfalles. Den Zeitungen wird aus Ancona gemeldet, die Unruhen dauern weiter an. Die Faschisten drangen in ein Lokal ein, wohin sich Kommunisten geflüchtet hatten. Zwei Kommunisten wurden getötet, andere verwundet. In Genoa wurden im Laufe eines Zusammenstoßes zwischen Kommunisten und Schulreuten zwei Personen getötet und mehrere verletzt. Infolge dieser Zwischenfälle ist die Wiederaufnahme der Arbeit in Genoa und Ancona noch nicht vollständig erfolgt. Auch aus anderen Städten werden kleinere Zwischenfälle gemeldet.

geeignet haben.“ (folgt eine ausführliche Darstellung des kürzlich stattgefundenen Konfliktes in der ehemals Sptinschen Druckerei in Moskau, der mit der Niedertreibung der Arbeiter durch den staatlichen Unternehmertrust und die „rote“ Gewerkschaft endete.)

„Winn — so heißt es in dem Schreiben weiter — hinzugefügt wird, daß die Arbeiterklasse sich in völliger Rechtlosigkeit befindet, weder Pressefreiheit noch Versammlungsfreiheit und Unantastbarkeit der Person genießt, wenn fernher auf die Herrschaft der offiziellen Presse hingewiesen wird, die entweder die Aktionen der Arbeiter verschweigt oder sie mit Hohn und Verleumdungen überschüttet, wie man sie sonst nur in den gelben Organen der kapitalistischen Presse findet, so treten die Ergebnisse der Herrschaft der Kommunisten in den Arbeiterorganisationen und der Mangel unabhängiger proletarischer Verbände mit aller Deutlichkeit hervor . . .“

Indem wir uns an den Internationalen Gewerkschaftsbund und an das Sekretariat des Internationalen Buchdruckerverbandes wenden, ersuchen wir Euresunterzeichnete, die breiten Arbeitermassen über die Lage der russischen Verhältnisse die Grundzüge der Klassenverteidigung der Arbeiterinteressen aufrecht zu erhalten suchen. (Folgt neun Unterschriften.)

B.S. Bei der Veröffentlichung des vorstehenden Dokumentes bitten wir, unsere Namen und unsere Adresse nicht zu nennen, da dies angesichts des in Russland herrschenden Terrors ernste Folgen nach sich ziehen könnte.

Telegramme.

Auch Deutschland zu einem Kompromiß bereit.

Berlin, 4. August (Eigenbericht). Die Reichsregierung hat sich heute in zwei Sitzungen mit der Note des französischen Ministerpräsidenten beschäftigt. In der Abend Sitzung ist über die zu formulierende Antwort e n g l i c h e r B e s c h l u ß gefaßt worden. Aus ihrem Inhalt geht hervor, daß die Regierung die Auffassung habe, ein konstanter Sturz der Mark in den letzten Tagen müsse sie mehr denn je veranlassen, von den alliierten Mächten eine Stundung der Ausgleichszahlungen zu erbitten. Ferner gehe es nicht an, Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland schon vor dem 15. August zu ergreifen, da die Ausgleichszahlungen erst zu diesem Termin fällig seien. Sie vertritt außerdem nach wie vor den Standpunkt, daß dieses Gefuch von sämtlichen alliierten Mächten erledigt werden müsse. Im übrigen wird sich die Reichsregierung in ihrer Antwortnote nicht der Möglichkeit verschließen, daß die Ausgleichszahlungen etwa auf einer anderen Basis durchgeführt werden könnten, allerdings wenn die Alliierten ihre Hand dazu bieten würden.

Die neue Regierung in Bayern.

Berlin, 3. August. Die „Vossische Zeitung“ erzählt aus München, daß die Koalitionsverhandlungen gestern abends beendet worden sind. Die Mittelpartei wird das Justizministerium besetzen, das Handelsministerium besetzt die bayerische Volkspartei.

Sinten der Devisenturle in Berlin.

Berlin, 4. August (Eigenbericht). Am Devisenmarkt ist nach der großen Kauffe wieder ein Rückschlag eingetreten. Es ist anzunehmen, daß die Rede des englischen Schatzkanzlers der Grund für die Verabrigung an den internationalen Börsen ist. Die Kaufordere des Handels und der Industrie hat stark nachgelassen und die Spekulant halten sich noch mehr vom Geschäft zurück. Allen Anschein nach hält man es für geraten, vor der Londoner Konferenz keine großen Engagements einzugehen. Der bisher amtlich no-

tierte Dollar ist von 828 auf 761, das englische Pfund von 3755 auf 3375, der Schweizer Franken von 159 auf 150 und die tschechische Krone von 2027 auf 1797 gesunken.

Zusammentunft Bassi — Venes.

Belgrad, 3. August. Nachdem die Slupschina alle wichtigen Gesetzentwürfe verabschiedet hat, wird sich Ministerpräsident Bassi im Laufe der nächsten Woche zu längerem Kurzaufenthalte nach Marienbad begeben. Während seines Aufenthaltes in der tschechoslowakischen Republik wird Bassi mit Dr. Venes zusammentreffen und voraussichtlich auch die Gelegenheit wahrnehmen, dem Präsidenten Masaryk einen Besuch abzustatten.

Die „Verschwörung“ gegen Poincaré.

Paris, 4. August (Havas). „Echo de Paris“ meldet aus Mainz: Die Polizei in Saarbrücken verhaftete vier politische Agitatoren, die — den Lokalblättern zufolge — in die geplante Verschwörung gegen Poincaré verwickelt sind. Die Verhafteten standen in Beziehungen zur Organisation „Conful“, welche ihnen Unterstützung gewährte.

Henderson für die Revision der Friedensverträge.

London, 4. August. (Tsch. B. B.) Der englische Arbeiterführer Henderson äußerte sich in einer in Heywood gehaltenen Rede, daß die englische Arbeiterpartei sich beständig jeder Regelung des europäischen Problems widersetzt habe, das geeignet gewesen wäre, neue Konflikte heraufzubeschwören. Der Versailles Vertrag sei g e s c h e i t e r t. Es hätte eines Friedens bedurft, der, statt sich auf die Liquidierung des Krieges zu beschränken, allen Völkern Europas die Möglichkeit gewährt hätte, an der Neienaufgabe der Reorganisation und dem Wiederaufbau der Welt mitzuwirken. Politische Einsicht und politische Ehre, erklärte Henderson, erheischen die sofortige Revision der Verträge. Die englische Arbeiterpartei habe stets anerkannt, daß Deutschland Wiedergutmachungen schuldet. Aber die Forderungen der Alliierten dürfen nicht die Bedingungen des Waffenstillstandes überschreiten. Der Betrag der Wiedergutmachungen hängt von der Zahlungsfähigkeit Deutschlands sowie davon ab, bis zu welchem Punkte die Verbündeten einen Vorteil davon hätten diesem Zahlungen aufzuerlegen.

Amerika gegen die Annullierung der Schulden.

Die Herabsetzung der Reparationen unvermeidlich. Washington, 4. August. Staatssekretär Mellon äußerte sich über die Annullierung der Kriegsschulden. Die europäischen Staaten könnten sämtlich auf die ihnen zustehenden Forderungen verzichten. Die Vereinigten Staaten aber, die keine Schulden haben, würden für ihre Forderungen, falls sie darauf verzichten, keinerlei Konzessionen erhalten. In Kreisen des Schachamies ist man der Ansicht, daß eine Herabsetzung der von Deutschland Frankreich geschuldeten Wiedergutmachungen unvermeidlich sei, deren Ziffer viel zu hoch angelegt sei, als daß sie bezahlt werden könnte.

Amerika nimmt Balfours Note amtlich nicht zur Kenntnis.

London, 3. August. Der Washingtoner Korrespondent des Reutersbüros erzählt, daß Schatzkanzler Mellon den Standpunkt einnehme, die amerikanische Schuldkommission müsse die Verhandlung zwecks Fundierung der Schulden an Amerika fortsetzen, ohne Rücksicht auf die Meinung, die Groß Britannien bezüglich seiner Kriegsschulden zeige. Man glaubt, daß Mellon der Ansicht ist, daß die Verhandlungen mit der britischen Kommission im September einen glatten Verlauf nehmen würden. Das Schachamt sei der Meinung, daß eine amtliche Kenntnisnahme der Balfournote nicht zu erfolgen brauche, da sie nicht an die Vereinigten Staaten gerichtet ist. Das Schachamt fasse die Note, die allgemein als Anregung zur Annullierung der interalliierten Schulden ausgelegt wird, nicht als einen an die Vereinigten Staaten gerichteten Vorschlag auf.

Die reinen Lamperln.

London, 4. August (Reuter). Die griechische Regierung bemerkt in ihrer Antwort auf die Note der Alliierten vom 31. Juli, sie hätte durch die beabsichtigte Besetzung Konstantinopels und eine energische Intervention den r a s c h e n F r i e d e n s s c h l u ß erreichen wollen. Das Einschreiten der Großmächte könne die Situation komplizieren, weshalb die griechische Regierung die Großmächte auf die durch ihren Schritt der Herstellung des definitiven Friedens drohende Gefahr hinweist.

Der Kleinkrieg in Irland.

Dublin, 3. August. Die nationalen Truppen haben sich des Ortes Cahel bemächtigt und schiffen sich auch in Cennit, Graffschaft Kerry aus. Bei einem Zusammenstoß haben sie die Rebellen zurückgeworfen, wobei fünf Gefangene gemacht wurden. Die Verluste auf Seite der nationalen Truppen betragen zwei Tote, darunter der Kommandant und acht Verwundete.

Genossenschaftsbewegung.

Kreisversammlung der Konsumvereine in Troppan. Sonntag den 30. Juli 1922 tagte im Arbeiterheim in Troppan eine außerordentliche Konferenz der Konsumvereine des Kreises 6. Er erschienen waren 52 Delegierte, sowie je ein Vertreter der Großhandlungsgesellschaft der Abteilungen Mährisch-Schlesien und Olmützig. Genossenschaftler Alois Scharnowall als Vertreter des Kreisobmannes eröffnete die Konferenz mit folgender Tagesordnung: 1. Rechnungslegung und Gewinnverteilung der Vereine für das Jahr 1921-1922. 2. Kreisbildungsausschüsse. 3. Eventuelles. Zum ersten Punkt der Tagesordnung referierte Genosse Görtler. Dieser schilderte unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Vereine die diesjährige Rechnungslegung, sowie die daraus resultierende Besteuerung. Vor dem Kriege betragen die Steuern der Konsumvereine circa 13 Prozent. Der lange Krieg brachte es mit sich, daß die Gemeinde-, Bezirks- und Landesumlagen auf 300 bis 600 Prozent erhöht wurden. Vielfach wird von den Gegnern der Konsumvereine von Steuerbegünstigungen gesprochen. In Wirklichkeit ist es aber anders. Durch die neueren Verordnungen werden die Reingewinne, aus denen die Konsumvereine ihre Dividenden schöpfen, mit sechs Prozent besteuert. Dazu kommt noch die vorherbezahlte Erwerbsteuer, die auch als Reingewinn betrachtet wird. Auf diese Weise werden Reingewinn und Erwerbsteuer neuerlich versteuert, wodurch sich der Steuerfuß auf 75 bis 80 Prozent erhöht. Mit Rücksicht auf diese Umstände wäre es eine unabweisliche Handlung der Konsumvereine, wenn diese das alte Dividendenystem weiter beibehalten würden. Die Konsumvereine sind gegründet worden, um als Preisregulator den Mitgliedern billigere Waren bereitzustellen zu können, aber nicht, um durch hohe Reingewinne den unersättlichen Steuerfiskus zu füllen. Der zweite Redner, Genosse Hamerle, referierte ausführlich über verschiedene Steuerangelegenheiten. Bei Punkt 2 berichtete der Vorsitzende, daß es notwendig ist, einen Kreisbildungsausschuss zu schaffen, der die Aufgabe hat, die Mitglieder in genossenschaftlichen Angelegenheiten aufzuklären. Auf Vorschlag der Kreisleitung wurden von der politischen Partei Genosse Stefan Lig, von den Gewerkschaften Genosse Rudolf Heeger, vom deutschen Wirtschaftsverbande Genosse Oskar Görtler und von den Genossenschaften die Genossen Puzle, Czernoch und Trödel in den Bildungsausschuss gewählt. Zum letzten Punkt wurde die teilweise Einzahlung der Geschäftsanteile besprochen. Viele Mitglieder wissen nicht, daß die Geschäftsanteile das Betriebskapital der Genossenschaft sind. Je weniger die Mitglieder leisten, desto mehr muß fremdes Kapital herangezogen werden. Soll die Genossenschaftsbewegung so vorwärts kommen wie in England und Deutschland, um zur Eigenproduktion zu gelangen, so müssen die Mitglieder ihre Anteile voll entrichten, ihre mühseligen Spargelder den eigenen Unternehmungen und nicht den Gegnern der Arbeiterbewegung zur Verfügung stellen. Viele Arbeiter wissen den Wert ihrer eigenen Unternehmungen nicht zu schätzen und zu bewerten und schädigen unbewußt ihre eigenen Einrichtungen.

18 großindustrielle Betriebe der reichsdeutschen Großhandlungsgesellschaft. Erst zwölf Jahre sind es her, daß die deutsche Großhandlungsgesellschaft nach Überwindung vieler Schwierigkeiten ihren ersten modernen und leistungsfähigen Betrieb, die Seifenfabrik in Gröba bei Kiefa an der Elbe eröffnete. Anfang 1915 konnte die zweite große und ebenfalls musterhaft eingerichtete Seifenfabrik in Düsseldorf am Rhein in Betrieb gesetzt werden. 1921 hat der Umsatz der beiden Seifenfabriken 130 Millionen Mark erreicht. Insgesamt hat die deutsche Großhandlungsgesellschaft gegenwärtig 18 großindustrielle Betriebe, u. zw. eine eigene Weberei und Konfektionsbetriebe in Oppach in Sachsen. In Gröba hat die GGG, außer den zwei Seifenfabriken eine Leinwandfabrik, eine Wollefabrik und eine Wollstofffabrik, in Altona eine Zuckerwaren- und Schokoladenfabrik, in Lauenburg an der Elbe eine Zündhütchenfabrik, in Schönhaide im Erzgebirge eine Wollstofffabrik, in Dortmund eine Holzindustrie, in Altona Fischindustrie und in Geestemünde Fischverarbeitung, ferner in Hamburg, Frankfurt a. M. und Hohenheim in Baden Zigarettenfabriken, in Stuttgart eine Zigarettenfabrik, in Hamburg eine Rauchtabakfabrik und in Nordhausen eine GGG. Kautschukfabrik.

Gerissen, leidet und verbreitet die Arbeiterpresse.

Tages-Neuigkeiten.

„Belangsch.“
Im Berliner „Vorwärts“ gibt D. R. folgendes köstliche Erlebnis zum besten: In einem besseren Café. An einem der Tische, nicht weit von mir, ein paar eifrig disputierende Jünglinge. George-Grosz-Typen, dem ersten Eindruck nach. Genauere Musterung macht indessen wahrscheinlich, daß es keineswegs Angehörige der „herrschenden Klasse“ sind, sondern mehr oder weniger gelungene Imitationen, von dem Wunsch befeuert, zur herrschenden Klasse gerechnet zu werden. Kleine Bankbeamte vielleicht, Warenhausverkäufer oder sonstige Lohnbedienten und Sklaven des Kapitals.
Einer hat ein Sakentkrenz in der Arawatte. Er redet ziemlich laut, im guten, alten, preußischen Schnarcton. Ich glaubte öfters das Wort

Amnestie für Getreidewucherer.

Eine Entschließung Masaryks auf Capri.

Prag, 4. August. Der Präsident der Republik hat folgende Entschließung erlassen:

Auf Capri, den 24. Juli 1922.

I. Denjenigen Personen, welche bis zum Tage dieser Entschließung wegen Übertretungen und Vergehen gegen § 32 der Ministerialverordnung vom 26. Mai 1917 Z. 235 R. G. Bl. und gegen § 33 der Regierungsverordnung vom 27. Juni 1919 Z. 354 S. d. G. u. V. sowie auch wegen Übertretungen und Vergehen gegen die kaiserliche Verordnung vom 24. März 1917 Z. 131 R. G. Bl., gegen den Gesekartikel IX vom Jahre 1916 und das Gesetz vom 17. Oktober 1919 Z. 568 S. d. G. u. V., verurteilt durch Verheimlichung von Getreide- und Hülsenfrüchtenvorräten aus der Ernte des Jahres 1920 oder einer älteren Ernte und durch vorsätzliche Verletzung der Verpflichtung zur Ablieferung solcher Bedarfsgegenstände aus den gleichen Ernten rechtskräftig verurteilt worden sind, erlasse ich die Strafen, sofern sie nicht bereits vollzogen oder vom Gerichte bedingungsweise ausgesprochen wurden, unter der Bedingung, daß der Verurteilte binnen 14 Tagen vom Tage der Verkündung dieser Entschließung

1. dem Gerichte, welches das Urteil in erster Instanz gefällt hat, nachweist, daß er die Pflichtquote aus der Ernte des Jahres 1921 vollständig abgeliefert hat,

2. bei dem gleichen Gerichte für jeden ihm vorgeschriebenen und nicht abgelieferten q Getreide oder Hülsenfrüchte jeder Art aus den vorherigen Ernten dem Staate einen Betrag von 100 Kč bezahlt.

II. Ich ordne an, daß Strafverfahren wegen im Abs. I angeführter und bis zum Tage dieser Entschließung verübter Straftaten eingestellt und, soweit sie nicht eingeleitet sind, nicht aufgenommen werden, unter dem im Abs. I angeführten Bedingungen. Während dieser Frist sind Strafverfahren nicht einzuleiten und auch nicht fortzuführen.

III. Von der Amnestie ausgeschlossen sind jene Beschuldigten und Verurteilten, welche bis zum Tage dieser Entschließung wegen Übertretung von Getreide-, Hülsenfrüchten- und Mahlprodukten rechtskräftig verurteilt worden sind.

Wenn sie wegen Übertretung von Getreide-, Hülsenfrüchten- und Mahlprodukten bisher nicht rechtskräftig verurteilt wurden, so sind die Bestimmungen der Abschnitte I und II nur dann anzuwenden, wenn das Strafverfahren gegen sie eingestellt wird oder mit einem freisprechenden Urteil endet.

L. G. Masaryk m. p.
Dr. Dolansky m. p.

„Belangsch“ zu hören. Merkwürdig — alle drei haben Biergläser vor sich — warum mögen sie sich über das Thema „Kaffee mit Milch“ ereifern?
Jetzt nimmt der Sakentkrenzler ein paar starke Züge aus seiner Zigarette, klopft erregt mit dem Zeigefinger auf die Marmorplatte, und wieder höre ich das Wort. Diesmal aber klingt es nicht mehr wie Belangsch: ich verstehe ganz deutlich „Belangsch“.

Belangsch — Belangsch — eine Weile zerbreche ich mir den Kopf über die Bedeutung des sonderbaren Wortes. Ein Vokabel aus irgendeiner Geheimsprache vielleicht —?

Da höre ich drüben den Schneidigen sagen: „Unser Belangsch in Vorderostien...“ Der Rest des Satzes wird vom allgemeinen Stimmengewirr verflungen.

Jetzt ist mir alles klar. Der Mann spricht von „Belangen“.

Kürzer deutscher Sprachverein, wie tußt du mir leid. Da haben sich nun Tuzende von Oberlehrern, Geheimräten und sonstigen Weisen hingesetzt und im Schweiße ihres Antlitzes eine Verdeutschung des III-Fremdwortes „Interessen“ ausgebrütet — und laum ist das reizvolle Gebilde in den Sprachschlag der alldeutschen Presse übergegangen, da bemächtigt sich seiner die ahnungslose Einfalt treudeutscher Jünglinge und — spricht es französisch aus.

Es geht doch nichts über die „Bildung“. Wegen die kämpft sogar der Sprachreinigungskoller der wildesten Teutonen vergebens.

Und wenn ihnen die Zimmerdecke über dem Kopf zusammenstürzt... Kapitalismus ist brutale Gewalt Herrschaft; er kennt keine Rücksicht und keine Schonung, wenn dem Geldbeutel Gefahr droht, er achtet nicht Menschenleben, wenn es gilt, Profit zu machen und den Gewinn zu vergrößern. Ein Kapitalismus ganz besonderer Qualität ist der Hausrentkapitalismus, der ja jetzt zu niegeahnter Macht gekommen ist, und der die von ihm Ausgebeuteten die seine Macht in einer Weise fühlen läßt, die die Brutalität geradezu zum Recht erheben möchte. Man höre nur folgenden Vorkfall an, der sich derzeit vor den Augen des mit Kultur so reich gesegneten, goldenen Prag abspielt. In der Jungmannstraße wird ein Haus umgebaut, obwohl die Wohnparteien noch nicht ausgezogen sind. Der Dachstuhl des Hauses wird bereits abgetragen, und an einigen Stellen beginnt man sogar schon mit der Abtragung der Mauern und Kamine. Die in dem Hause wohnenden 22 Parteien sind aber bisher noch nicht ausgezogen und das Gerücht hat auch die Zustimmung zu einer Kündigung dieser Parteien verweigert. Die Bewohner haben beim Bauamt gegen das Abtragen des Hauses Protest eingelegt, da man ihnen bis jetzt keinen hinreichenden Ersatz für ihre Wohnungen geboten hat. Und trotzdem wird an der Abtragung des Hauses weiter gearbeitet, die Parteien, des obersten Stockwerkes sind in Gefahr, daß ihnen die Zimmerdecke über dem Kopf zusammenstürzt. Trotzdem unternimmt das Bauamt nicht das geringste, um diesem unerhörten Skandal ein Ende zu machen. Den Herren Unternehmern natürlich, dem Bauherren und dem Bauunternehmer, die doch recht bald zu größerem Reichtum kommen wollen, ist es gleichgültig, ob die Bewohner des Hauses in Angst leben oder ihnen gar wirklich ein Unglück zustoßt. Sie müssen hinaus, und je mehr das Mauerwerk kracht und sich die Balken biegen, desto sicherer werden sie das Haus verlassen — und darauf soll es ja hinaus. Und wenn ihnen die Zimmerdecke über dem Kopf zusammenstürzt — denkt sich der Hausherr — ich gebe nicht Auf, bis sie draußen sind. Läßt sich die Brutalität des Kapitalismus und der Kapitalistenklasse besser kennzeichnen?

Zu früh gefreut. Wir konnten vor einigen Tagen unseren Freunden die erfreuliche Mitteilung machen, daß die definitive Entfesterreichung endlich sichtbare Fortschritte macht. Am Gebäude der Prager Polizeidirektion wurde nämlich das

neue Wappen der Republik, der bronzene Löwe mit der „energischen Geste“ angebracht. Leider scheint aber unsere Hoffnung wieder zu Wasser zu werden. Das „České Slowo“ hat die Entdeckung gemacht, daß die Form des Wappens nicht richtig ist. Der Löwe trägt nämlich das Wappen der Slowakei, den roten Schild mit den drei blauen Bergen und dem Patriarchenkrenz mitten auf der Brust, statt zwischen den vorderen Pranken, was unangehlich ist. Außerdem ist der Löwe gelb, statt aus Silber. Man wird also wohl das schöne Wappen wieder herunterholen und verfilbern müssen, und wir sind um die Hoffnung auf Entfesterreichung ärmer.

Abel verpflichtet oder die Maximalpreiskartoffel. Dem „Rude Pravo“ wird berichtet: Der landwirtschaftliche Arbeiter Josef Benes aus Strachov klagte den Ferdinand Jdenko Lob-Lobie (früher Fürst) als Besitzer der Herrschaft Melahozebes wegen einer Lohngebühr von 273 Kronen. Die Ursache der Klage war folgende: Auf Grund des Lohnvertrages haben die auf dem Gute Beschäftigten Anspruch auf ein bestimmtes Quantum Deputatskartoffel entweder in natura oder in barem im Maximalpreiskartoffel. Die Maximalpreise wurden später aufgehoben und der Marktpreis der Kartoffel erreichte das Dreifache des früheren Maximalpreises. Die vornehmen Herrschaften erledigten sich ihrer Verpflichtung den Arbeitern gegenüber so, daß sie, da sie ja selbst Kartoffelhandel treiben, den Arbeitern den alten ungenügenden Maximalpreis vergüteten und die Arbeiter mußten sich dann das ihnen gebührende Quantum Kartoffel um einen mehr als dreifachen Preis bei ihnen kaufen. — Das Bezirksgericht in Kralup hat nun der Klage des Arbeiters Benes am 11. Mai d. J. stattgegeben. Lob-Lobie rekurrierte an das Landesgericht in Prag und wurde auch von dieser Instanz abgewiesen. In der Begründung des Urteiles heißt es, es sei nicht gut vorzustellen, wie ein Relutum nach einem nicht mehr gültigen Preise berechnet werden konnte, der doch unter ganz anderen Verhältnissen eingeführt war. Seine geforderte Durchlaucht wird also dem armen Arbeiter die 273 Kronen, nebst den aufgelaufenen Kosten, bezahlen müssen. Abel verpflichtet.

Der Autobusverkehr im Riesengebirge. Am 2. August wurden im Riesengebirge zwei neue Autobuslinien eröffnet und zwar zwischen Grinthal und Harrachsdorf und zwischen Freiheit und Peger. Mit der bereits bestehenden Linie Hohenelbe-Spindlerbaude hat somit das Riesengebirge drei für den Touristenverkehr äußerst wichtige Autobuslinien. Interessant ist es, in welcher Weise die tschechischen Blätter die Eröffnung dieser Autobuslinien mitteilen. In ihren Berichten schreiben sie, daß es nun den tschechischen Touristen möglich sein wird, von sämtlichen Eisenbahnstationen bequem bis ins Riesengebirge zu gelangen. Die tschechischen Blätter glauben wohl, daß es einem deutschen Touristen nicht erlaubt ist, diese Autobuslinien, die vom Staate eingerichtet sind, zu benutzen und daß das Riesengebirge überhaupt nur für die Tschechen da sei. Die Blätter vermerken weiter, daß auf sämtlichen Linien die Fahrzeuge mit tschechischen Aufschriften versehen seien, womit der rein-tschechische Charakter der „Kronoski“ schlagend bewiesen ist.

Das Artilleriearschieren im Mittelgebirge. Da in der letzten Zeit Regenwetter eingetreten ist, soll das Artilleriearschieren bis zum 5. d. M. bis zum 12. d. dauern. Unter der Bevölkerung herrscht über diese Meldung natürlich große Erregung, da durch das Artilleriearschieren bisher ein großer Schaden angerichtet wurde. Die forellentreichen Gewässer des Gebirges werden von den Soldaten schonungslos ausgeplündert; Beschwerden werden überhaupt nicht beachtet. Durch einen Rohrreißer wurde vor einigen Tagen ein Unterstand zerstört, wobei zwei Soldaten mehr oder minder schwer verletzt wurden.

Beschlagnahme einer deutschen Schule im Bezirke Jolan. In der Ortschaft Mudenbrunn wurde dieser Tage die einklassige Volksschule,

welche von zwanzig deutschen Kindern, besucht war, aufgelöst, um das Gebäude für die sieben tschechischen Kinder des Ortes freizumachen. Das Schulgebäude ist Eigentum des Deutschen Kulturverbandes.

Konferenz der zweiten Internationale in Prag. Samstag den 12. August findet in Prag im Volkshaus eine Beratung der Exekutive der zweiten Internationale statt. Anlässlich dieser Beratung veranstaltet die tschechische sozialdemokratische Partei zwei Versammlungen. In der einen, die im Garten des Volkshauses stattfinden wird, werden Henderson und Mac Donalld (London), Gysmans (Antwerpen), Troelstra (Amsterdam) und Wells (Berlin) sprechen. Außerdem wird in einer großen Versammlung Van der Velde über den Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre in Moskau Bericht erstatten.

Die Verurteilung der Mörder des Marschalls Wilson, die zum Tode verurteilt wurden, wurde abgelehnt.

Sittlichkeitsverbrechen. In dem nordmährischen Orte Hanusdorf wurde dieser Tage an zwei vorn zur Sommerfrische weilenden Mädchen aus Brünn, vom Bahnhofsportier ein Sittlichkeitsverbrechen verübt. Der Bahnhofsportier namens Hornischer lockte die beiden Mädchen, die im Alter von 12 und 13 Jahren stehen, mit Rischen und Badewerk auf sein Dienstzimmer, wo er das eine Kind trotz verweigerter Gegenwehr vergewaltigte. Da ihm seine Absicht bei dem anderen Mädchen nicht gelang, schickte er die beiden wieder fort. Die Pflegerinnen der Kleinen erfuhren nach langem Fragen die ganze Geschichte und ließen die Mädchen vom Arzt untersuchen, der Vergewaltigung konstatierte. Der Verbrecher ist 60 Jahre alt und hat mehrere verheiratete Kinder. Unter der Bevölkerung herrscht große Aufregung. — In der Umgebung von Steyr (Oberösterreich) ist ein Mädchen von einem unbekanntem Manne zu einem Gasthausbesuch eingeladen worden, der sie dann in eine allein stehende Scheune führte und sie in hypnotisiertem Zustande mißbrauchte. Das Mädchen wurde auf der Straße in Sarning aufgefunden, wo sie sich in Krämpfen wand. Der Arzt stellte fest, daß an dem Mädchen tatsächlich in hypnotisiertem Zustande ein Sittlichkeitsverbrechen begangen worden war. Das Mädchen kann sich nur an jenen Vurschen erinnern, der sie in die Scheune gebracht hatte; was weiter mit ihr geschah, weiß sie nicht. Angeklagen lassen jedoch darauf schließen, daß das Mädchen in hypnotisiertem Zustande von mehreren Männern mißbraucht worden war. Es ist dies in Steyr seit kurzem der zweite Fall, daß Mädchen in hypnotisiertem Zustande Verbrechen in die Hände gefallen sind.

Raubmordversuch. Vorgefremt kam der Arbeiter Josef Balog aus Joloky bei Uhorod nach Prag. Balog, der nach Amerika auswandern will, wurde auf dem Wilsonsdorfer Hofe von einem unbekanntem Mann angesprochen, der ihm in Prag ein Nachlager verschaffen wollte. Die Beiden gingen auf ein Feld in der Nähe des Weinberger Krankenhauses, wo sie in einem Heuschaber übernachteten. Als Balog in der Frühe erwachte, wurde er von seinem Begleiter aufgefordert, noch weiter zu schlafen. Kaum war er jedoch wieder eingeschlummert, so ver setzte ihm der Unbekannte einen wichtigen Hieb gegen die linke Schläfe, sodas Balog ohnmächtig wurde. Der Räuber durchsuchte dann die Taschen seines Opfers, ohne eine große Beute zu machen. Die sofort durchgeführten Nachforschungen ergaben, daß der Täter der 23jährige Raufwächter aus Karpachorusland sei. Raleta wurde verhaftet und der Polizei eingeliefert.

Ein Familiendrama. Aus Saaz wird uns geschrieben: Die Gattin des 46 Jahre alten Tagelöhners Franz Brambura in Tschraditz erhängte sich, müde des schlechten Familienlebens und des Krebsleidens, an dem sie seit längerer Zeit litt, am Fensterkrenz ihrer Wohnung. Nachbarn verständigten den Mann, der in Bezdiel bei einem Landwirt in Arbeit steht, daß seine Frau gestorben sei. Als er zuhause erfuhr, daß sich seine Frau erhängt habe, stieß er sich ein Messer in die Brust. Der ziemlich schwer Verletzte wurde ins Saager Krankenhaus überführt.

Festnahme eines Schwerverbrechers. Am 26. Juli fand man in der Nähe von Opocna einen Mann, der ohnmächtig war und aus Nase und Mund blutete. Bei seiner Einlieferung wurde festgestellt, daß es sich hier um den langgesuchten Verbrecher und Deserteur Dlouhy handelt. Dlouhy simuliert des öfteren Krankheiten und wenn er in ein Krankenhaus gebracht wurde, so verschwand er nach kürzerer Zeit, nachdem er alles, dessen er habhaft werden konnte, mit sich genommen hatte. Dlouhy ist auch verdächtig, zu jener Bande zu gehören, die vor nicht langer Zeit die Verraubung einiger Kassen ins Werk gesetzt hatte. Der Schwerverbrecher wurde dem Militärgerichte eingeliefert.

Vom Juge überfahren. Auf der Strecke Josefshütte-Plan, zwischen der Haltestelle Brud a. S. und Plan, wurde in der Nacht vom 1. auf den 2. August eine Frau, die wahrscheinlich die Strecke als Fußweg benützte, vom fahrenden Zuge erfasst und bis zur vollständigen Unkenntlichkeit zerstört. Der Name der Unglücklichen konnte bis jetzt nicht festgestellt werden.

Töblicher Unfall. Bei der Kreuzung der elektrischen Straßenbahn, Cafe Palackystraße und Karlsstraße, in Prag-Karolinenthal sprang gestern vormittag die 14jährige Božena Kofinger aus Smichow aus einer Elektrischen und lief in ein Auto hinein, von dem sie zu Boden gestochen wurde. Die Kofinger erlitt so schwere Verletzungen, daß sie kurz nach der Einlieferung ins Krankenhaus starb. Gegen den Lenker des Autos wurde die Strafanzeige erstattet.

Vom Gerüst gestürzt. Bei einem Neubau in Prag-Bohosschan stürzte gestern der zwölfjährige Josef Flegel von einem vier Meter hohen Gerüste und zog sich schwere Verletzungen zu. Er wurde in das Kinderspital gebracht.

Kleine Chronik.

Bergmannslos.

Auf der Heide Neu-Herloh wurden durch Sturz aus dem Förderkorb fünf Bergleute getötet und sieben Bergleute und drei Beamte verletzt.

Ein furchtbares Unwetter in der Provinz Sachsen, namentlich im Kreise Weizenfels und an der Bahnstrecke Teuchern, hat einen Schaden von ungefähren Millionen angerichtet. Die Getreidefelder sind durch Hagel so verwüstet, daß es den Eindruck hat, als ob das Getreide an Ort und Stelle gedroschen worden wäre. Die gesamte Obst-ernte in der Prötitzer und Teucherner Gegend ist vollständig vernichtet, ebenso die Rüben- und Kartoffelernte teilweise zerstört. Die Gurken-ernte bei Naumburg ist vollständig vernichtet. Im weiteren Umkreise sind die elektrischen Licht- und Telefonleitungen zerstört.

Ungeheurer Feuersbrand auf Jamaika. Auf der Jamaika-Insel brach kürzlich ein ungeheurer Brand aus, der große Flecken von Getreide und Zunderrohr verbrannte und einige Dörfer vollständig in Asche legte. Der Brand dauerte einige Tage und konnte wegen Wassermangel nur schwer lokalisiert werden. Zahlreiche Bewohner gingen in den Flammen zugrunde.

Vom Obstessen. Alljährlich um die Zeit, wenn das frische Obst am begehrtesten scheint, tauchen bei Kindern wie auch bei Erwachsenen allerhand Verdauungsstörungen auf, die durch den Obstgenuß hervorgerufen werden. Eine gewisse Vorsicht sollte beim Genuß frischer Früchte denn auch tatsächlich immer beobachtet werden. Frisches, völlig reifes Obst, von einem gesunden Menschen in mäßiger Menge genossen, wird allerdings kaum jemals eine Gesundheitsstörung nach sich ziehen und im Gegenteil nützlich wirken, weil es einerseits infolge seines Gehaltes an Zucker und Fruchtsäuren die Verdauung befördert, andererseits dem Körper wiederum durch den Zucker, dann aber auch durch seine Vitamine, die erst in der jüngsten Zeit entdeckten Ergänzungsnährstoffe, sowie durch seine Mineralsalze wertvolle Rohstoffsubstanzen zuführt. Außerdem werden durch den Genuß frischen Obstes die Zähne gereinigt und durch die Fruchtsäuren sogar gewissermaßen desinfiziert. Allein, wie gesagt, das Obstessen hat auch seine Schattenseiten. Vor allem hätte man sich dabei, an gesaltes Obst zu essen oder unmittelbar auf das Obst Wasser oder sonst größere Flüssigkeitsmengen zu trinken. Daß bei großer Hitze das Obstessen weniger ratsam sei, ist ein ziemlich unbegründeter Aberglaube. Frühe und tadellose Früchte können auch bei der größten Hitze ohne Bedenken verzehrt werden. Eine weitere selbstverständliche Voraussetzung beim Obstessen ist, daß die Früchte vor dem Genuß immer gereinigt werden, weil alle möglichen Krankheitserreger an ihnen haften können, die, in den Darm gelangt, Erkrankungen erzeugen. So werden z. B. durch den Genuß ungewaschenen Obstes sehr oft die Eier des Spulwurmes auf den Menschen übertragen. Man braucht bloß einen Apfel zu essen, um dessen Schale der Wind ein paar der winzigen Spulwurmer abgesetzt hat und die Infektion ist fertig. Besonders auf dem Lande, wo es um die hygienischen Verhältnisse oft noch sehr schlecht bestellt ist, und wo somit an Infektionsherden kein Mangel herrscht, sollte man die Früchte vor dem Essen immer reinigen. Die Verdaulichkeit der einzelnen Obstsorten ist sehr verschieden. Am leichtesten verdaulich sind im allgemeinen Pfirsiche und Aprikosen, auch reife Pflaumen sind vom gesunden Magen gut zu verdauen, wogegen Birnen und Kirsdorn schwerer verdaut werden. Äpfel werden nach ungefähr drei bis vier Stunden verdaut. Menschen mit schwachem oder frischem Verdauungsapparat sollen besonders Kernfrüchte, also Himbeeren, Johannis- und Stachelbeeren, Erdbeeren und Brombeeren mit Vorsicht genießen oder sie besser überhaupt mel-

den, da die kleinen Kerne die Darmhäute reizen können und dadurch Darmstörungen verursachen. Obst soll ferner nicht in den nächtlichen Magen und auch niemals in größerer Menge gegessen werden, weil der Magen, wenn er keine festen Bestandteile zu verarbeiten hat, das Obst allein nur schwer bewältigt. Es gibt Menschen, die auf den Genuß frischen Obstes regelmäßig Unbehagen empfinden; in solchen Fällen muß dann natürlich das Rohobst unbedingt vermieden und das Obst nur in gekochter Form und mit Zucker gesüßt genossen werden.

Begabten der alten Germanen. Der kürzlich im aldenburgischen Moor bei Ranhausen gemachte Fund einer seit Jahrtausenden dort versunkenen Leiche hat in wissenschaftlichen wie in volkreislichen ungewöhnliches Aufsehen erregt. Die Leiche ist im aldenburger Museum untergebracht worden; ihre nähere Untersuchung durch wissenschaftlich geschulte Kräfte hat ergeben, daß es sich nicht um ein Mädchen, sondern um einen Knaben handelt, der hier im ewig schweißsaften Moor versenkt worden war, und dessen Überreste nun aufgefunden wurden. Inzwischen macht ein neuer Fund aus grauer Vorzeit Aufsehen. Innerhalb des gleichfalls im aldenburgischen gelegenen Dorfes Hude wurde im Moor ein Bohlenweg entdeckt, der ebenfalls auf ein vielleicht zweitausendjähriges Alter zurückzuführen kann. In einer Tiefe von ein bis einhalb Metern wurde eine viele Kilometer lange Straße festgestellt, die eine Breite von dreieinhalb Metern aufweist und noch sehr gut erhalten ist. Auf einer starken Lage von Birkenreisig liegen trockene Längshölzer in etwa Beinbreite und darüber starke Eichenbohlen, die an ihren Enden jeweils sauggroße Löcher aufweisen. Durch diese Löcher waren in die Erde Pfähle geschlagen, die so eine Verschiebung der einzelnen Bohlen verhinderten. Die ganze Anlage ist, soweit sich bei der bis jetzt bewerkstelligten Freilegung feststellen läßt, mit großer Sorgfalt ausgeführt worden. Der Bohlenweg steht in einer dichten schwarzen Moorschicht, auf der dann im Laufe ausgebeuteter Zeiträume das Moor noch anderthalb Meter hoch weiter wucherte und so diese alte Fahrstraße allmählich ganz verdeckte und konservierte. Der jetzt bei Hude gemachte Fund gewinnt infolgedessen an Bedeutung, als dieser Bohlenweg recht gut erhalten ist und große Sorgfalt in der Herstellung verrät. Ähnliche Bohlenwege, wenn auch primitiverer Art, sind bei den Moorabstufungen im aldenburgischen schon mehrfach aufgedeckt worden, ebenso aus Holz hergestellte Dämme, die sich durch das Moor hinzieben. Die Geschicklichkeit und Sorgfalt, die diese Zeugen einer aus grauer Vorzeit herrührenden Straßenbaukunst verraten, lassen die Ansicht aufkommen, daß es vielleicht die Römer gewesen sein müssen, die hier jene Bauwerke angelegt und so über das weite Moor die notwendigsten Wege geschlagen haben. Indessen hat sich bereits bei früherer Gelegenheit die Wissenschaft gegen diesen Gedanken ausgesprochen. Man nimmt entschieden an, daß diese Brücken, Dämme und Wege, die Jahrtausende unter einer schützenden Moorbdecke ruhten, aus einer früheren Epoche als aus der der Römerzeit stammen. Das letzte Wort, das die Moor-geologen haben, ist hier noch nicht gesprochen, wie man auch nicht weiß, welche Entdeckungen und Funde im Verlauf der seit einigen Jahren rapid in Angriff genommenen Moorabstufung unserer noch harren.

Gerichtssaal.

Der Braniker Mordprozeß.

Kassationsverhandlung am 17. August.

Im Mordprozeß gegen die Brüder Kolinsky, die wegen Ermordung der Uhrmocherfamilie Lebecky in Branik vom Prager Schwurgerichte bekanntlich zum Tode durch den Strang verurteilt worden sind, wird die öffentliche Kassationsverhandlung beim Obersten Gerichte in Brinn am

17. August stattfinden. Als Richtscheidgründe wurden von den Verteidigern geltend gemacht: Die Unterlassung der Untersuchung des Geisteszustandes beider Brüder und bezüglich des Johann Kolinsky, daß den Geschworenen eine Zusatzfrage nicht gestellt worden ist.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Einstellung der Arbeit in den Freistätter Eisenwerken. Den „Lidovs Roviny“ wird aus Oberberg berichtet, daß in den Eisenwerken in Freistätt Vorbereitungen zur Einstellung der Betriebe getroffen werden. Direktor Holzmeister sei noch frag geblieben, um im Finanzministerium durchzusetzen, daß die von den Werken aus Deutschland eingeführten Halbfabrikate vom Einfuhrzoll befreit werden. Die Eisenwerke haben angeblich Schulden in der Höhe von 80 Millionen, und die Direktion der Mannesmannwerke will bei dem heutigen schlechten Markkurs in keiner Weise helfen. Sollte das Ministerium dem Ansuchen der Eisenwerke nicht entgegenkommen, so würden noch diese Woche 450 Arbeiter, welche in letzter Zeit mit Rotarbeiten beschäftigt waren, entlassen werden. Es würden im Werke nur einige Wächter und vier Beamte verbleiben. Da die Arbeitslosenunterstützung einen höheren Betrag ausmachen würde als der Staat an Zoll aus dem im Werke benötigten Halbfabrikaten einnimmt, ist zu hoffen, daß die Regierung dem Werke entgegenkommen wird.

Streik in den Salgotarjaner Kohlenwerken. In den Kohlenwerken der Salgotarjaner Kohlen-gesellschaft ist am Montag ein Streik ausgebrochen, der sich auf einige slowakische Rentiere ausgedehnt hat, jedoch gegenwärtig achtausend Arbeiter streiken. Die Ursache des Streiks sind Lohn-freilichkeiten.

Schadenersatzsprüche gegen Streikbrecher. Die Gewerkschaft der Spitzenarbeiter in Frankreich hat im vergangenen Jahr in einem Kohn-kampf den Streik beschloffen. Viele Mitglieder wollten jedoch die Arbeit nicht einstellen. Gegen diese hat nun die Gewerkschaft beim Gerichtshof zu Lyon eine Klage zur Leistung eines Schadenersatzes von je 5.000 Franks angestrengt, mit der Motivierung, letztere hätten durch die Nichtbefolgung des Beschlusses der Bewegung einen erheblichen Schaden zugefügt. Der Gerichtshof hielt dem Anspruch für gerecht und die Streikbrecher wurden zur Zahlung von je 100 Franks Schadenersatz an die Gewerkschaft verurteilt. In der Begründung des Urteiles heißt es u. a.: „Der Gewerkschaftler, indem er sich den Statuten der Gewerkschaft unterwirft, verpflichtet sich, die regelrecht gefassten Beschlüsse zu befolgen, und deswegen hat die Nichtbeachtung derselben die Pflicht zur Schadenersatzleistung zur Folge. Eine Einschränkung der persönlichen Freiheit liegt hier nicht vor, da der Beitritt in die Gewerkschaft den Arbeitern freisteht, ein Zwang hierzu ist nicht vorhanden. Das Verhalten der Beklagten hat die Gewerkschaft sowohl moralisch wie auch wirtschaftlich benachteiligt, ihr Ansehen gemindert und die Interessen, deren Vertreterin sie ist, geschädigt. Der Mangel an Disziplin innerhalb einer Gewerkschaft stärkt den Widerstand der Gegnerpartei und verlängert nur den Arbeiterkonflikt.“ Dieses interessante Urteil des Gerichtshofs (so bemerkt die Zeitschrift „Le Producteur“, der wir es entnehmen) ist geeignet, einer neuen Rechtsprechung die Bahn zu brechen.

Zum Streit bei der Firma A. Wertheim berichtet der Berliner „Vorwärts“: Die beteiligten Gewerkschaften haben seit anderthalb Wochen alle Verhandlungsmöglichkeiten genutzt und bis zur letzten Stunde erschöpft. Trotz aller Wider-

stände gelang es schließlich, die Firma am Dienstag an den Verhandlungstisch zu bringen. Im Laufe dieser Verhandlungen stellte sich heraus, daß die Gründe, die die Firma in beiden Fällen geltend macht, der objektiven Nachprüfung in keiner Weise standhalten. Besonders muß auf die Leichtfertigkeit hingewiesen werden, mit der die Firma eine Angestellte nach zehnjähriger Tätigkeit mit dem Makel des Betruges behaftet. In einem Auszug, den die Firma der gesamten Belegschaft zur Kenntnis brachte, wird das betreffende Betriebsratsmitglied als Diebin gekennzeichnet, obwohl die Firma nicht in der Lage ist, einen Beweis für diese Beschuldigung zu erbringen. In dem zweiten Falle wird die Tatsache, daß das betreffende Betriebsratsmitglied für eine rege Beteiligung der Belegschaft an der Demonstration zum Schutze der Republik sorgen wollte, zum Anlaß genommen, ihm seine Stellung zu kündigen. Auf Grund dieser Feststellungen, die sich bei den sehr eingehenden Verhandlungen erneut bestätigten, verlangten die Gewerkschaften noch in letzter Minute die Zurücknahme der Kündigungen. Nach Auffassung der Verhandler mußte bei der Geschäftsleitung der Firma A. Wertheim die Überzeugung Platz greifen, daß ihre bisherigen Maßnahmen unhaltbar geworden sind. Trotzdem sahen sich die Vertreter der Firma A. Wertheim in diesem Moment nicht genötigt, einen ehrenvollen Rückzug anzutreten, sondern sie führten die Schlussverhandlungen in einer Weise, daß sie von allen Anwesenden als eine Prästrierung mit der Absicht der Verschleppung der Verhandlungen empfunden werden mußten. Eine Protestversammlung nahm den Bericht mit heller Empörung entgegen. Wir sind überzeugt, daß die Bevölkerung Berlins den Streikenden vollste Unterstützung gewähren wird.

Hochkonjunktur in der deutschen Textilindustrie. Unter dem Einfluß der sprunghaften Währungsverschlechterung hat die starke Beschäftigung in fast allen Zweigen der Textil- und Bekleidungsindustrie angehalten und sich in der letzten Zeit auch noch bedeutend erhöht. Seit nahezu einem halben Jahre hält nunmehr diese Hochkonjunktur, von vorübergehenden Unterbrechungen abgesehen, an und die Werke sind zum großen Teil bis zum Ende dieses Jahres, teilsweise auch schon ins Jahr 1923 hinein mit Aufträgen versehen. Der katastrophale Marksturz hat dazu geführt, die Konkurrenz ausländischer Textilien auf dem deutschen Inlandmarkt, die sich in den Vormonaten bemerkbar gemacht hatte, zu einem erheblichen Teil wieder auszuschalten, denn die Valutamauer bildet wieder ein schwer überwindbares Hindernis. Trotzdem versuchen ausländische Fabrikanten ihre Ware in Deutschland abzugeben, was vielfach gelingt, da die deutschen Hersteller so stark beschäftigt sind, daß sie nur in beschränktem Umfange und infolge der Verteuerung der Herstellungskosten nur zu weit höheren Preisen als den bei der Bestellung festgesetzten liefern können. Demgegenüber kann der Abnehmer beim Bezug von Auslandsware mit festen Lieferterminen und Preisen rechnen. Das Ausland hat wieder umfangreiche Bestellungen, insbesondere auch in Konfektion, in Deutschland erteilt. Das gleiche gilt auch für die Seidenindustrie, die ihre Produktion trotz der starken Preissteigerung größtenteils auf Monate hinaus verkauft hat. Ganz besonders stark ist die Kunstseidenindustrie beschäftigt, deren Erzeugnisse immer lebhafter begehrt werden.

Die Wechselkurse der russischen Reichsbank. Nach Angabe des offiziellen Sowjetorgans „Ekononimicheskaja Schiza“ zahlte die Reichsbank am 12. Juli für 1 Pf. St. 10,800.000 Rubel, 1 Dollar 2,300.000 Rubel, 1 Franks 200.000 Rubel, 1 Reichsmark 8800 Rubel, 1 polnische Mark 600

Erwedung.

(13)

Ein Roman von Oskar Maurus Fontana.

Aber nicht kam ihm Veruhigung aus ihnen, sie taten ihm weh. Er kam sich noch armer ihnen gegenüber vor. Ist alles gegen mich — sagte er sich dumpf und in Scham. Ich stümpere, um Herr zu werden, so kläglich wie eben, verrate mich so, und der Schnee lacht mich aus, der weiße knisternde Schnee, in Reinkheit alles Parte zudeckend. Er verachtete sich, hätte sich am liebsten geschlagen. Und warum kamen auch sie nicht, die schwäbischen Kaufleute? Wo verzögerten sie sich? Er sah auf die Uhr. Er hätte sich wenigstens in Arbeiten erstickend können, wären sie gekommen. So mußte er stehen, müßig, seinen qualenden Gedanken ausgeliefert.

Da sah er eine Frauengestalt die Straße heraufkommen, schnell und immer schneller. Sie winkte ihm zu. Er staunte erkannte er sie, es war die Schwester, war Jeliha. Aber er fragte sich nicht, warum kommt die seit Jahren Entfremdete aus den westlichen Städten heute mit einem Male wieder in das väterliche Haus, was bringt sie her, die schon lange nicht schrieb, wie wird sie sein, wird sie sich verändert haben? Er fühlte nichts von solchen brüderlichen Gefühlen in diesem Augenblick, er erkannte ihr Gesicht, erkannte die allen Begoujas eigene, scharf von der Stirn abspringende Nase — das war alles, was er an Beziehung zu ihr aufbringen konnte. Aber so wie er dastand, gedemütigt vor sich und den anderen, fühlte er ihr Kommen nicht anders als eine Kampfanfrage. Er war bereit. Gegen wen immer. Er steckte die Hände in die Taschen, spreizte die Beine, blieb breit vor dem Tor.

Die Schwester kam, in Schneeschuhen, in einem Pelzmantel und Hut, die sich lähn und abenteuerlich aus der Stille dieser verschneiten

Einigkeit hoden. Ihre Wangen zitterten ein wenig. Schon von weitem rief sie mit heller Stimme den Namen des Bräudes. Der rührte sich nicht.

Jetzt war sie ganz nahe, trat zu ihm: „Mladen. Kennst du mich nicht mehr? Ich bins, Jeliha.“ Und sie breitete die Arme, um ihn zu küssen.

Er trat rasch zurück, sah sie nicht an, schaute zu Boden, reichte ihr dann die Fingerspitzen, knurrte widerwillig: „Guten Morgen.“

„Mladen, was hast du? Bist du böse? Es sind schon Jahre her, daß wir uns sahen. Ich habe wenig geschrieben, es ist wahr, aber auch ihr habt wenig geschrieben. Das hat doch alles keinen Sinn, jetzt, wo ich da bin, jetzt können wir uns doch fragen und erzählen: Das war so und so. Nicht?“ Und sie lächelte.

Er sah sie kurz an mit schiefem Blick. „Sittmt. Das hat auch keinen Sinn. Daß du gekommen bist nämlich.“

Jetzt lachte sie schallend und wirklich belustigt: „Mladen, was fällt dir ein? Ich weiß nicht, bist du der Hajduk zu einem Bester oder ein Professor, der mich prüfen will. Die haben genau so geschaut, so beleidigt und gekränkt. Aber, Mladen.“ Sie wollte ihn wie ein kleines Kind streicheln. Er stieß sie kurz zurück. Aber weil es nicht heftig geschehen war, blieb ihr Gesicht noch immer in Lachen gehüllt.

Er stampte auf: „Und was willst du?“ „Welche Frage! Hier bleiben. Hier ist meine Luft, hier ist mein Land.“

„Und wie lange?“ „Solange ich will, es mir gefällt. Aber jetzt ist es genug. Jetzt sprich dein erlösendes: Passiert, und du kriegst immer noch einen Kuf.“

„Nein!“ schrie er. „Keinen Kuf. Wegstehlen willst du mir Geld und Gut. Ich kenne dich, du denkst: Dem Alten gehen die Tage zu Ende, ich komme, mein Teil zu holen, ich will dabei sein, wenn er die Augen zutut und es ans Erben

geht. So denkst du, so kommst du und so willst du mich küssen.“

Sie war fassungslos vor dieser plötzlichen Flut schmutziger Worte. Sie war gekommen, in Glid über die vertraute verlorene Landschaft, in der ein jedes jätlich sie an Gelebtes erinnerte. Jäh zerbrach das. Gebornenes starrte sie an. Türme, Berge, Schneefelder klasten. Sie fand keine Worte, ihr schwand ein wenig, ganz schwach wehrte sie ab: „Pfui!“

Mladen strahlte in Hohn, der sich selber quälte und züchtigte. „Du sagst Pfui und streckst die Hand aus. Ich schlage sie nieder. Dir ist dein Erbeil ausbezahlt worden. Was willst du? Daß du es verpumpt, verjungen und verschlafen hast, was geht das mich an!“

Sie wich ein paar Schritte zurück wie vor Schlägen. Sie duckte sich. Sie sah, wie eine Krabe durch die müde Luft flog, über das weiße Feld flatterte und sich schließlich auf einen erlöbten Kirschbaum setzte. Fettig glänzte des Schwarz des Vogels. Das schaute sie, und es war ihren von den langen Eisenbahnfahrten übermüdeten Nerven mehr Wirklichkeit als das eben Gehörte. Da vernahm sie Schritte hinter sich. Begouja kam. Gemartert stürzte sie sich zu ihm, schrie: „Vater!“ und umschlang ihn.

Der Beg schien in Sorge, er löste sich von ihr, sagte über sie hinweg zu Mladen: „Die Schwaben werden sich verirrt haben. Noch nichts von ihnen zu sehen. Reite ihnen entgegen, zeige ihnen den Weg.“

„Gut.“ sagte Mladen, ohne von dem Tor zu lassen oder seine Hände aus den Taschen zu geben.

Jeliha blickte vom einen zum anderen. Sie sah in einiger Entfernung die vornübergebeugte Gestalt Kasars, zum Gehen gewandt. Und sah noch immer mitten im strahlenden Weiß der Landschaft das widerliche Schwarz der Krabe. Schweigen stürzte auf sie ein, schien ihr die Minute zu einem Leben zu dehnen. „Warum trant

ich damals nicht das Gift, als es schon auf meinem Nachtsäckchen stand? Und ich löschte dann doch das Licht aus, verberg mich unter den Decken vor der Lockung des Giftes! Warum? Um das zu erleben?“ fühlte sie. Und sie kam sich wie eine Beilerin vor, als sie sagte: „Ich bin es, Vater.“

Doch gleich schrie Mladen: „Ja, jetzt kommt sie. Hat uns Jahre nicht gekannt. Jetzt. Will uns im Sad liegen, beehrt uns.“

Aber nicht das erschreckte Jeliha so sehr bis ins Herz, sondern daß der Vater noch immer schwieg, über sie hinweg zum Turm starrte, als er warte er das Öffnen des Tores in jedem Augenblick, ja, als wolle er mit seinem Blick erzwingen, daß das Tor sich öffne und eine Gestalt im Rahmen erscheine. Mit dem Instinkt der Frau erriet Jeliha sofort, wenn ihr Vater so er warte und warum er sie, die Tochter, nicht sah.

Sie sprach, weil sie sprechen mußte, weil sie angegriffen wurde. Aber am liebsten wäre sie in den Schnee gesunken, die Hände in ihn gestraßt, wäre so dagelegen, ohne Träne, ohne Bewegung wie dieser Schnee selber und hätte das Kälter- und Kälterwerden so erwartet. Von allem Schweren das Schwerste ist diese Heimfahrt, die mir Schönstes werden sollte — stellte sie bei sich ruhig und kalt fest. Sie sagte: „Vater, verstehe mich. Nicht darum. Ich bin müde, ich bin krank.“

Mladen unterbrach sie: „Ah, hast du dich angesteckt in den dunklen Gassen, in denen man dich in der Stadt nachts gesehen hat?“

Sie machte einen Schritt fort von dem Bruder. „Ich antworte ihm nicht. Aber du, Vater, wirst mich verstehen —“, doch indem sie das sagte, fühlte sie, daß er, so auf das Tor starrend, so eine Andere erwartend, sie nicht verstehen konnte, daß sie ins Leere rede.

(Fortsetzung folgt.)

Rubel, 1 goldenes Zehnrubelstück 12.000.000 Rubel. Auf den illegalen Wechselbörsen stehen die genannten Kurse anderthalb mal höher. (Danach ist eine tschechische Krone über 150.000 Rubel.)

Preiserhöhungen in Petersburg. Gegenüber den Mitteilungen einiger Sowjetblätter teilt die kommunistische „Krasnaja Gaseta“ vom 19. Juli mit, daß sich in den letzten Tagen auf den Petersburger Märkten eine Erhöhung der Preise bemerkbar machte. So kostete eine Monatsration von 3600 Kalorien am 10. Juli 33.587.000 Rubel, am 15. Juli dagegen 34.646.000 Rubel. Besonders gestiegen sind die Preise für Butter, Fleisch, Bier und Zucker. Auch die Kartoffelpreise sind in die Höhe gegangen.

Kurze der Wäluen.

Prager Kurse. Es kosten: 100 holl. Gulden 1509, 100 Mark 6, 100 Schweiz. Franken 784.50, 100 Lire 187.75, 100 franz. Franken 336.75, 1 Pfund Sterling 182.75, 1 Dollar 41.67 1/2, 100 belg. Franken 316, 100 Dinar 4.25, 100 österr. Kronen 0.13, 100 polnische Mark 0.69, 100 ung. Kronen 1.85.

Währungen. Berlin 0.70, Wien 0.01, Prag 12.00, Pölland 203.40, New York 5.26 1/2, London 23.41, Paris 43.15, Mailand 24.17 1/2, Budapest 0.24, Agram 1.55, Warschau 0.08, Wien gest. 0.01 1/2.

Prof. Tschermak und sein Studententopfer.

Univ.-Prof. Dr. Armin Tschermak-Zehsenegg führt mit Hilfe deutschnationaler Studenten und Vereine eine Sammlung zugunsten der Fürsorgeinstitutionen der Prager deutschen Hochschüler unter dem Titel „Studententopfer“ durch. Die Aufteilung des eingegangenen Ertrages, zum Teil Naturalspenden, unter die verschiedenen bestehenden Unterstützungskörperschaften behält sich hiebei Prof. Tschermak vor. Bei seiner bekannten nationalen Einstellung erschien es uns nicht wahrscheinlich, daß Spender aus den Reihen der deutschen Arbeiterschaft immer mit der Verwendung des Sammlungsertrages einverstanden wären, weshalb wir kürzlich in einer Notiz unseren Genossen auch bereits abgeraten haben, sich irgendwie an dieser Sammlung zu beteiligen. Daraufhin fandte uns Prof. Tschermak eine Erklärung, in der es heißt, daß unsere Notiz auf falschen Voraussetzungen beruhe, und zwar weil er kein Nationalist sei und auch keiner Partei angehöre, sondern daß seine „Kraft der Mitarbeit an der großen sozialen Frage der Kopfarbeiter“ gehöre, weiters, daß die Sammelaktion nicht nur von deutschnationalen Studenten getragen werde, daß er als Obmann des Vereines Deutsche Studentenfürsorge in Prag mit Vertretern aller studentischen Gruppen, auch der sozialistischen, einträchtig und erfolgreich zusammenarbeite, daß das Erträgnis der Sammlung den Fürsorgeaktionen des genannten Vereines zuflicke, und daß schließlich den Vertretern der studentischen Gruppen jederzeit die Möglichkeit gegeben sei, in die Verrechnung des St. N. D. Einsicht zu nehmen, und er außerdem regelmäßig öffentlichen Bericht erstatte.

Wir haben dieser Erwiderung folgendes entgegengehalten: Daß Prof. Tschermak Nationalist ist, hat er durch seine sehr zahlreichen, während seiner Vorlesungen und auch sonst getanen Äußerungen bewiesen. Das Argument, seiner politischen Partei anzugehören, ist so lächerlich, daß wir uns damit weiter nicht aufhalten. Ebenso die Behauptung, daß Prof. Tschermak seine ganze freie Zeit mit der „Mitarbeit an der großen sozialen Frage der Kopfarbeiter“ ausfülle, sodah ihm keine Zeit übrig bleibe, sich eine politische Meinung bilden zu können. Die Arbeit ist an sich sicherlich sehr anerkennenswert, nur kommt es immer auf die Art ihrer Durchführung an und auf die Ziele, die man mit ihr verfolgt. Und darum sagt uns auch dieses Argument gar nichts.

Keine Angst

mehr nötigt „Maatik“ Silberseifenmittel für Damen, das Reichte, Sicherheit u. Welt: Vor Bestellung verlangen Sie wegen Größe, Preis u. Anwendung diesbezügliche interessante Broschüre Nr. 100 gegen R. 2.- in Bar oder Marken. Verschickt in verschloß. Kuvert oder Firmenanspruch durch „Novitas“, Versandgeschäft Auffig a. d. Elbe.

Kuh & Kretsch Likörfabrik Teplitz-Schönau.

CAFÉ ELEKTRA PRAG-WEINBERGE

befm Museum, neben dem Deutschen Theater. TREFFPUNKT DER GENOSSEN. Telephon 4854. 478

Ebermanns Mundwasser — Zahnpulver

das Beste und Billigste zur täglichen Zahnpflege. Erhältlich in Apotheke, Drogerien, Parfümerien und Konsumvereinen. Dr. Ebermann, Prag 619-1.

Und nun zum St. N. D. Prof. Tschermak gibt an, daß nicht nur deutschnationale Studenten sich an den Sammlungen beteiligten. Allerdings! Auch christlichsoziale, auch agrarische Studenten. Auch die Akademikerverbände, die zum Teil auch aus Altakademikern, also gewesenen Studenten, bestehen. Dann die verschiedenen nationalen Vereine und die unter deren Einfluß stehenden autonomen und sonstigen Körperschaften; schließlich nicht zu vergessen der Herren Großagrarien, die allerdings gewöhnlich von den Stramndeutschen nicht als national verlässlich gewertet werden. Aber auf all das kommt es ja nicht an, selbst falls in Unkenntnis der Sachlage auch andere Kreise mithelfen. Denn entscheidend ist für uns die Verwendung. Wir wissen wohl, daß ein großer Teil des Ertrages dem Verein „Deutsche Studentenfürsorge“ zuflicke, in dessen Aufsicht tatsächlich die sozialistischen Studenten vertreten sind, die — wie Prof. Tschermak selbst feststellt — sich ganz für die von dem Verein zu leistende Arbeit einsetzen; es wäre vermutlich lehrreich festzustellen, ob sie nicht mehr leisten als die Vertreter der übrigen Gruppen. Aber ebendeshalb ist anzunehmen, daß die „freie Vereinigung sozialistischer Akademiker“ ihre schwerwiegenden Gründe hatte, als sie ihre Beteiligung am St. N. D. ablehnte. Entgegen der Angabe Prof. Tschermaks über das gute Einvernehmen zwischen ihm und den sozialistischen Studenten in dem Verein Deutsche Studentenfürsorge, sind wir dahin unterrichtet, daß es zeitweise damit auch sehr schlecht bestellt ist, und zumal damals schlecht bestellt war, als über den Einfluß der Studentenschaft auf die verschiedenen Fürsorgeaktionen und insbesondere auch auf das St. N. D. verhandelt wurde. Was diesen Einfluß anbelangt, gibt Prof. Tschermak selbst in seiner Erklärung zu, daß er einen solchen nicht zuläßt, sondern bloß die Möglichkeit gewährt, daß Vertreter der Studenten über die Verwendung des Geldes sich informieren. Ein sehr bescheidenes Recht! Selbst wenn wir annehmen, daß der Ertrag der Sammlung nur Studententopferaktionseinrichtungen zuzuführen, so ist für uns doch maßgebend, welchen Einfluß der Studentenschaft der Verein „Deutsche Studentenfürsorge“ hat. Prof. Tschermak ist kein Obmann. Er arbeitet nach eigener Angabe dort in zufriedenstellender Weise mit allen studentischen Gruppen zusammen. Auch nach unseren Informationen wird dort die Fürsorgearbeit wirklich unparteiisch durchgeführt. Was tut nun der Obmann? Er veranstaltet privat, auf eigene Verantwortung, eine Sammlung, sucht auf diese Weise für seine Person Anhänger unter der Studentenschaft zu verschaffen, überläßt bloß einen Teil des Ertrages dem unparteiischen Verein; in die Verwendung des anderen läßt er nicht hineinkommen. Wir sind nicht in der Lage, andere studentische Hilfsorganisationen, beneid das St. N. D. noch zuzulassen, für unparteiisch zu erklären, da sie nicht unter einer wirklichen Kontrolle der Studentenschaft stehen, von der sozialistischen gar nicht zu reden.

Kurz und gut: Prof. Tschermak läßt sich in seine Arbeit an der großen sozialen Frage der Kopfarbeiter — die hier eigentlich meist eher Kopfbearbeiter sind, da sie auf den Reusuren einander die Köpfe zu bearbeiten lieben — nicht hineinreden. Wir nehmen das zur Kenntnis. Aber wir müssen auch die Warnung unserer ersten Notiz aufrecht erhalten.

Kunst und Wissen.

Darstellung von Wahnsinnsszenen auf der Bühne. Professor Dr. Strohmayer, der Professor der Irrenheilkunde an der Universität Jena, hielt anlässlich der „Hochschulfeste für dramatische Kunst in Jena“ eine Vorlesung über die Darstellung von „Wahnsinnsszenen auf der Bühne“. Der Redner wies nach, daß die Bühne nicht die Aufgabe habe, „klinische Bilder“ zu zeigen, sondern einzig und allein, in engem Anschluß an die Dichtung, künstlerische Wirkung hervorzubringen. Der Dichter habe das Recht, nach seinen Ideen und Absichten, das pathologisch-medizinische Krankheitsbild frei zu gestalten und zu ändern, wonach sich die Schauspielkunst zu richten habe. An der Hand von vier klassischen Beispielen: Ophelia, Lear, Hamlet, Oswald Alving führte er diesen Gedanken im einzelnen durch und gab ebenfalls feinsinnige Analysen der Charaktere und der Dichtungen, wie erklärende ärztliche Diagnosen. Bei Ophelia liege das richtige Bild des Irreseins vor: ein hysterischer Dämmerzustand, in welchem die Unglückliche zuletzt, unbeabsichtigt und unbewußt, ihr Ende in den Wassern des Stromes findet. Bei König Lear handelt es sich um einen, auf dem Boden des Alterschwachsinnes entstandenen Verwirrheitszustand mit Erregungen und Sinnestäuschungen. Besonders interessant waren Strohmayers Angaben über Oswald Alving. Dieser sei während des ganzen Stückes durchaus nicht als „geisteskrank“ aufzufassen und zu geben, vielmehr lasse ihn in seinem und richtigem künstlerischen Gesinnung die Krankheit erst am Schluß des Dramas ausbrechen; aber auch da seien irgendwelche krasse Geimassen ebenso zu vermeiden, wie zuvor krankhafte Bewegungen, wie auch der Dr. Rank in „Rosa“ nicht als „Tollkühler“ darzustellen sei, etwa gar mit jenem auffallenden schleudernden Gange von Rückenmarkskranken.

Aus der Partei.

Die Reichsparteischule

wird am Sonntag, den 6. August, um 4 Uhr nachmittags, im Schulgebäude, Hans Heilingstraße in Karlsbad eröffnet. Die Schüler haben bestimmt und pünktlich zu erscheinen. Juvor haben sie sich im Parteisekretariat, Invalidenstraße 5

wegen der Quartierungseweisung zu melden. Der Unterricht beginnt Montag, den 7. August, um 7 Uhr vormittags. Das Schulgeld ist von den delegierten Organisationen mit dem übermittelten Erlagschein an das Reichsparteisekretariat einzufenden.

Zentralstelle für das Bildungswesen.

Bezirkskonferenz Jägerndorf. Sonntag, den 17. September findet im Arbeiterheim in Freudenthal um 9 Uhr vormittags die diesjährige Bezirkskonferenz statt. Die Tagesordnung beinhaltet: Berichte, „Die Mittel des Klassenkampfes“ (Referat Abgeordneter Genosse Seger), „Die politische Frauen- und Jugendbewegung“ (Referat Genosse Rother),

Bereinsnachrichten.



Touristen-Verein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Prag II. Sonntag, 6. August: 1. Partie: Sazavawäse. Nur für gute Wanderer. Zusammenkunft: 5.25 Uhr Wilsonbahnhof, ab 5.50. Führer: Deller. 2. Partie: Kikaner-Tejoväner Seen für alle gangbar. Zusammenkunft: 7.30 Uhr, Wilsonbahnhof, ab 7.55. Führer: Schmidt. Donnerstag, 10. August: 8 Uhr abend, Mitgliederversammlung in der Konopischer Bierhalle. Sonntag, 13. August: Beraun-Pürglitz. — Gau: Nordwestböhmern. Außerordentliche Gaukonferenz in der Naturfreunde-Hütte in Vorderzinnwald bei Teplitz.

Turnen und Sport.

Fußball. Vienna-Wien besiegte in Köln den dortigen Klub für Rasenpiele 3-1. — Belgienreise des SR. Pardubice. Die erste Mannschaft des SR. Pardubice tritt am 11. August eine Wettspielreise nach Belgien an.

Fernfahrt Nürnberg—München—Nürnberg. Die alljährlich stattfindende große Radfernfahrt Nürnberg—München—Nürnberg über 366 Kilometer für Amateure und Berufsfahrer des Gaues Nürnberg des Bundes deutscher Radfahrer kommt am 13. August zur Austragung. Die Strecke führt von Nürnberg über Ingolstadt nach München, wo 15 Minuten Zwangspause einzuhalten sind, zum Ziel nach Nürnberg zurück. Die Fahrt der Amateure geht nur bis Ingolstadt und zurück über 202 Kilometer. Das Rennen fand stets eine gute Beteiligung und wird in diesem Jahre eine besonders starke Beteiligung der süddeutschen Herrenfahrer erfahren.

Herausgeber: Dr. Dubwig Tsch und Karl Cermak. Druck: Deutsche Zeitungs-Verlags-Gesellschaft Prag. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Für den Druck verantwortlich: D. Gollik.

Zu Kč 240.— kaufen Sie 1005 Gummimäntel in größter Auswahl und bester Ausführung nur im Kaulhaus Prag II., Hybernerg. 7. Wäsche. (Lidový dům.) Krawatten.

Leonhardi's Tinten. Man schütze sich vor Nachahmungen! Flüss. Tuschen, Flüss. Gummi, Stempelpressen, Stempelfarben, Hektografenmasse, Hektografenblätter, Stempelacke sind doch die besten! Aug. Leonhardi Bodenbach a. E. Chemische Fabriken in Bodenbach. — Gründungsjahr 1826. — Altbewährte Rezepte, die Summe hundertjähriger Erfahrungen, begründen u. bewahren den Welt-ruhm der Firma Leonhardi.

Hronover mech. WEBEREI Viktor Prager HRONOV a. M. PRAG II., Truhlářská 21. Telefon 2252.

Erzeugung von exklusiven Spezialartikeln wie Matratzen-Damast und Gradl. Rucksackstoff, als auch Inlets, Kanafase, 160 Kriollts usw. gegen 10 Kč auf Raten liefern wir: a) Gramophone, Platten etc b) Violinen, Mandolinen, Gitarren, sowie auch alle anderen Musikinstrumente. — c) Holz- u. Blech-Blasinstrumente. — d) Mund- u. Ziehharmonikas. — e) Photograph. Apparate und deren Zubehör. GRAMMOPHONE IMPORT COMPANY, Brünn, Freiheitsplatz 6. Prolalisten nach Angabe des gewünschten Instrumentats gratis. 472

LEIPZIGER MESSE Die allgemeine internationale Messe Deutschlands. DIE ERSTE UND GRÖSSTE MESSE DER WELT. Für Aussteller u. Einkäufer gleich wichtig. Allgemeine Mustermesse mit Technischer u. Baumesse. Herbstmesse 1922 vom 27. August bis 2. September. Frühjahrsmesse 1923 vom 4. bis 10. März. Entgegennahme von Anmeldungen, Auskünfte u. kostenlose Zusendung von Drucksachen durch den ehrenamtlichen Vertreter für Böhmen: EMIL WÄLLER, PRAG II., Nckazanka 7. Telephon 7544. Telegr.-Adr.: Leipzigermesse Prag. SONDERZUG ZU ERMASSIGTEN PREISEN Samstag, 26. August 1922 12 Uhr ab Masarykbahnhof Prag. Benützung nur bei vorheriger Anmeldung und Fahrkartenzugang.

Fabrik mediz. Verbandstoffe Ludwig Fischer Teplitz-Schönau. Inh. J. Schlosser empfiehlt sich den p. t. Krankenkassen, Zentral-Bruderladen und dergl. zur Lieferung sämtlicher Verbandstoffe und Watten, Gummwaren, Bandagen sowie Krankenpflege-Artikel aller Art zu konkurrenzlosen Preisen. 428

REMA die beste Speise-Schokolade besorgt den Konsum-Vereinen die G. E. C.